

Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst
 wochentlich fünfseitige Beilage, mit Ausnahme bei gewöhnlichen Vorstellungen und sonstigen Abänderungen, mit Quellenangabe gehalten

Aus dem Inhalt: Wir wollen Arbeit schaffen! Von Reichsarbeitsminister Schäffer / Die Stellung des Reichsgeschichtens in der Dorfplanung, von Dr. Richard Schmidt, Professor an der Universität Leipzig / Die ersten Jahre Sozialisation, von Dr. Adolf Frankowsky / Wandlungen im Wirtschaftssystem, von Dr. Hans Siegfried Weber / Not an deutschen Grenzen, von Frh. Heinz Kriemhild / Zur Zeitgeschichte / Der jährliche Sozialismus, von Dr. Paul Sechter

In Kommission: Zentralverlag G. m. Berlin W 35
 halbjährlich 3,25 Mark / jährlich 6,50 Mark
 Erscheint zweimal monatlich
 Durch jedes Postamt zu beziehen

Wiederkehr des Vertrauens

Gesamtzahl der Arbeitslosen

Ende Juni 1932
 5 480 000

Mitte Okt. 1932
 5 140 000

über 3 Tsd. Mt. Steuer-gutscheine u. öffentl. Mittel
 Rückstrom von 600-800 Mill. Mt. gehobenerer Noten

Reich

Privatmann

Billigeres Leihgeld

Reichsbank-diskont	Monatsgeld	Privat-diskont
8%	9%	8%
4%	5%	3%
1931 Oktober	1931 Oktober	1932 Oktober

Schafft
 Wirtschaftsbelebung

Wir wollen Arbeit schaffen!

Von Reichsarbeitsminister Schäffer

Es gibt keinen allgemein gültigen Gradmesser der Konjunktur. Jedoch kann man an dem Verlauf einiger Spezialfaktoren den Grad des deutschen wirtschaftlichen Niederganges ablesen. Als eines der sichtbarsten Anzeiger darf die Arbeitslosigkeit angesehen werden. Man schätzt, daß zur Zeit etwa 25 Millionen Menschen in der Welt arbeitslos sind. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten über 11 Millionen, über 5 Millionen auf Deutschland und über 2 Millionen auf England. Bewußt hatten wir auch Arbeitslose vor dem Krieg. Aber verglichen mit den heutigen Riesenziffern schrumpfen die Arbeitslosenzahlen der Vorkriegszeit auf ein Minimum zusammen. Die Folgen hieron sind nicht schwer zu erraten: schärfster Rückgang der Produktion, des Handels und des Einkommens.

Unsere Industrieproduktion ist im Durchschnitt auf etwa 60 v. H. des Umfanges von 1928 gesunken; wichtigste Produktionszweige können ihre Kapazität noch nicht einmal zur Hälfte ausnutzen. Ähnliche Verhältnisse finden wir in allen Industrieländern. So laftet eine Krisennot auf unserem Volksleben. Für Millionen von Menschen ist die Deckung der notwendigsten Bedürfnisse in Frage gestellt. Die leibliche Existenz unzähliger Menschen ist bedroht. Hinter der leiblichen Not aber steht noch eine größere und drückendere. Junge Menschen zu Hunderttausenden sind zur entwerdenden Arbeitslosigkeit verurteilt und sehen keine Hoffnung mehr vor sich. Unendlich viele Familienväter haben keine „Chance“ mehr. So entzieht in diesen Menschen das furchtbare Gefühl, daß sie aus der menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen sind. Diese harten Tatsachen müssen wir klar sehen.

Die Arbeitslosenfrage ist die deutsche Frage der Gegenwart; um ihre Lösung muß sich die gesamte deutsche Politik der nächsten Zeit drehen. Auch der größte Gegner des jetzigen Kabinetts wird ihm nicht abstreiten können, daß es von Anfang an die Arbeitslosenfrage als die politische Kernfrage angesehen hat und sich bemüht, auch neue Wege zu deren Lösung zu gehen. Ich weiß wohl, daß diese Frage bei uns schwerer als in jedem anderen Lande zu lösen ist. Unsere Kreditbasis ist innen- und außenpolitisch beengt. Wir können dabei nicht kreditpolitische Experimente machen, wie z. B. England. Denn wir haben die größte Inflation aller Zeiten hinter uns. Die Reichsregierung weiß, daß es auch nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit gibt. Es müssen aber alle Wege gegangen werden, die irgendwie dazu dienen können, um die drückende Not der Arbeitslosigkeit zu mildern. Außenpolitisch wird Deutschland auch in Zukunft an der Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt arbeiten. Daß diese Arbeit der Reichsregierung bisher nicht ohne Erfolg war, beweist das Ergebnis der Kaufmann Verhandlungen. Natürlich müssen alle Staaten der Welt ohne Ausnahme guten Willens sein und ihren Beitrag zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens liefern.

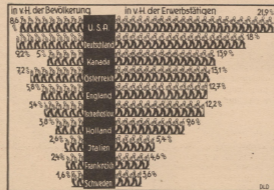
Ein weiterer Weg zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit liegt in der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Als das jetzige Kabinett die Regierung übernahm, hat es sofort ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 135 Millionen RM. für ländliche Siedlung und vorpächtlige Kleinseidung, Wasserbauten, Straßenbauten, Meliorationen, Ceilung und Reparaturen von Wohnungen usw. aufgestellt. Dadurch fanden etwa 65 000 Arbeiter wieder Arbeit und Brot. Dabei ist die Regierung nicht stehen geblieben. Sie hat ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bald danach um mehr als 200 Millionen RM. erweitert. In das neue Programm wurden auch Arbeiten einbezogen, die der schwer darniederliegenden deutschen Werstindustrie wieder Beschäftigung bringen sollten. Auch wurde ein neuer Betrag wieder eingesetzt, um den Baumarkt zu beleben. So wurden 50 Millionen RM. für Hausreparaturen zur Verfügung gestellt. Außerdem ist die Reichsregierung bereit, mit 20 Mil-

lionen RM. den Eigenheimbau finanziell zu unterstützen. Angesichts der Bedeutung der Bauwirtschaft für die gesamte Wirtschaft ist gerade diese Zurückverpflichtung von größeren Mitteln wichtig. Nach Schätzung namhafter Nationalökonomien lebt in Zeiten normaler Baukonjunktur in Deutschland etwa ein Siebentel bis ein Achtel der gesamten Bevölkerung mittelbar und unmittelbar von der Bautätigkeit. Die Wirkung des Niederganges der Bauwirtschaft war insbesondere auf dem Arbeitsmarkt besonders ungünstig. Im Jahre 1931 betrug der Monatsdurchschnitt der arbeitslosen Bauarbeiter 47 000,

Ende Januar 1932 waren fast eine Million Bauarbeiter erwerbslos, im Monat Juli d. J. war noch nicht ein Viertel aller Bauarbeiter beschäftigt, obwohl dieser Monat bisher der günstigste für das Baugeschehen in diesem Jahre war. Dagegenwärtig man sich diese Tatsachen, so erkennt man, wie auch arbeitsmarktpolitisch günstig sich die namhaftesten Summen, die für die Zwecke des Wohnungswesens, die Fortführung der Stadtrandsiedlung und die Finanzierung von Eigenheimen bereitgestellt wurden, auswirken werden. Bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von mehr als 200 Millionen RM. werden wieder rund 150 000 Menschen Beschäftigung finden.

Mit diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat sich die Reichsregierung aber noch nicht begnügt. Denn solche Maßnahmen bleiben immer unvollständig. Wichtiger ist die Frage, wie die Wirtschaft natürlich belebt werden kann. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Zeit des Sichfügens in das Unermessliche vorbei sein, daß sie von der Verteilung gegen die Wirtschaftskrise nunmehr zum Angriff übergehen muß. Andernfalls war zu befürchten, daß das deutsche Volk nicht mehr in der Lage sei, den bevorstehenden schweren Winter zu überleben. Sollte unseinen Arbeitslosen Hilfe gebracht werden, so müßte die Energie und die Initiative des wirtschaftlichen Menschen neu angeregt werden. Bei Betrachtung der Weltwirtschaftslage

Die Arbeitslosen der Welt



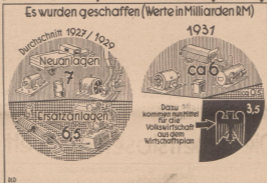
darf man auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für solche Maßnahmen für richtig halten, weil doch Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Weltwirtschaftskrise tatsächlich den Tiefpunkt überunden hat. Die Überwindung der Krise verlangt rasches und schnelles Handeln. Deshalb hielt es die Regierung für notwendig, geeignete Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in die Wege zu leiten. Sie tat dies durch die Verordnung zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932. Die Wirtschaft und das Unternehmertum haben die Vorschläge im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung freudig aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß sie ihrerseits alles tun wollen, um das Gelingen zu sichern. Auch im Gewerkschaftslager hat man sich bereit erklärt, „dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen“. „Wir werden uns keiner Maßnahme in den Weg stellen“, so führte Caronow auf einem Gewerkschaftskongreß kürzlich aus, „daß der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft.“

Es hat sich natürlich kein Mensch dem Glauben hingegeben, daß das Wirtschaftsprogramm mit einem Schlag alle Arbeitslosen wieder in Arbeit bringen kann. Aber der objektive Beobachter unserer Verhältnisse wird zunächst feststellen müssen, daß die Krisenpfirschose erkennbar abgeklaut ist. Gerade diese drohte, je länger je mehr, zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaft zu werden. Sie war auch eine der Hauptursachen für die große Hoffnungslosigkeit, der sich so viele Arbeitslose hingaben. Ferner ist objektiv festzustellen, daß durch die Maßnahmen der Reichsregierung zum mindesten keine weitere Verschlechterung in Produktion und Absatz mehr vorliegt. Vielfach sind eine bessere Stimmung und gewisse Ansätze zu neuer Unternehmungslust in Unternehmerkreisen zu beobachten. Die Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative gegenüber all den unklaren Vorschlägen einer Planwirtschaft oder eines Staatssozialismus oder Staatskapitalismus hat in den Wirtschaftskreisen zweifellos starke psychologische Wirkungen erzielt. Sehr deutlich beweisen dies die Berichte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Diese sind der Öffentlichkeit bekannt. Ich will deshalb nur nochmals feststellen, daß im August und September d. J. die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen um 300 000 zurückgegangen ist, in der zweiten Hälfte des Monats September allein um 163 000. Vergleicht man dagegen die Entwicklung des Vorjahres, so ist festzustellen, daß sie in den gleichen Monaten 1931 ganz erheblich gestiegen ist. Demgegenüber braucht die letzte Meldung über die Arbeitsmarktlage im Reich für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1932 nicht zu beunruhigen. Wenn auch hier eine Zunahme um 48 000 Arbeitslose festzustellen ist, so bedeutet dies nicht, wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in ihrem Bericht

näher darlegt, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich im gleichen Umfang vermindert hat. Auch die Reichsanstalt schließt aus den Berichten der Arbeitsämter, daß eine ruhigere und verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre festzustellen ist. Für diese Auffassung spricht auch, daß die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt in der letzten Zeit größer als in den Vormonaten war. Gerade dieser starke Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutet auf eine günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hin.

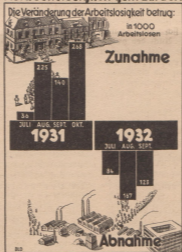
Zur Überwindung der Not genügt es nicht, die private Initiative der Unternehmer anzuregen, sondern es muß auch gelingen, die gesamte deutsche Arbeitnehmererschaft zur Mitarbeit an diesem Programm zu gewinnen. Ich bin mir bewußt, daß hier noch manche Widerstände zu überwinden sind. Diese Widerstände kommen hauptsächlich daher, daß die deutsche Arbeitererschaft des Glaubens ist, daß die gegenwärtige Regierung soziale Rechte nehmen wolle. Ich möchte die Arbeitererschaft bitten, sich doch von der Vorstellung, wir besäßen uns im Stadium der Zerschlagung der Sozialpolitik, frei zu machen. Eine solche Ansicht ist ebenso falsch wie die andere Ansicht, daß in Notzeiten der deutschen Wirtschaft auf Sozialpolitik überhaupt keine Rücksicht genommen werden darf. Die Reichsregierung hat sozialpolitisch nichts verschlagen. Geblieben ist die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie im Artikel 165 der Reichsverfassung ausgesprochen ist, und damit die Grundlage des Arbeitsrechts. Erhalten geblieben ist auch der Tarifvertrag. Diesen bedroht nicht derjenige, der das gegenwärtige Tarifrecht den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen sucht. Die Höhe der Löhne ist abhängig von dem Schicksal der gesamten Wirtschaft. Geht es dieser schlecht, dann müssen sich die Löhne früher oder später einmal diesen Verhältnissen anpassen. Das ist eine Binsenwahrheit, die man aber offenbar immer wieder aussprechen muß. Gibt der Tarifvertrag keine Möglichkeit, solchen Notzeiten gerecht zu werden, dann allerdings sehe ich ihn sehr bedroht. Eine Anpassung des Tarifvertrags an die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bedeutet, das sei noch einmal betont, keineswegs eine Auslöschung und Gefährdung des Tarifrechts. Um Gefahren für das Tarifrecht auszuschließen, ist durch den zweiten Teil der Verordnung vom 5. September 1932 die Möglichkeit vorgesehen worden, daß die Tarifvertragsbestimmungen zugunsten gefährdeter Betriebe variabel gehalten werden können. Wer weiß, wie so oft schon nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmer im Reichsarbeitsministerium vorstellig wurden, vom Tarifvertrag in einzelnen Notfällen abweichen zu können, um sich den Arbeitsplatz zu erhalten, weiß, wie notwendig diese Vorschrift war. Durch die Einschaltung des Schlichters ist nach Möglichkeit eine mißbräuchliche Aus-

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung



dium der Zerschlagung der Sozialpolitik, frei zu machen. Eine solche Ansicht ist ebenso falsch wie die andere Ansicht, daß in Notzeiten der deutschen Wirtschaft auf Sozialpolitik überhaupt keine Rücksicht genommen werden darf. Die Reichsregierung hat sozialpolitisch nichts verschlagen. Geblieben ist die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie im Artikel 165 der Reichsverfassung ausgesprochen ist, und damit die Grundlage des Arbeitsrechts. Erhalten geblieben ist auch der Tarifvertrag. Diesen bedroht nicht derjenige, der das gegenwärtige Tarifrecht den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen sucht. Die Höhe der Löhne ist abhängig von dem Schicksal der gesamten Wirtschaft. Geht es dieser schlecht, dann müssen sich die Löhne früher oder später einmal diesen Verhältnissen anpassen. Das ist eine Binsenwahrheit, die man aber offenbar immer wieder aussprechen muß. Gibt der Tarifvertrag keine Möglichkeit, solchen Notzeiten gerecht zu werden, dann allerdings sehe ich ihn sehr bedroht. Eine Anpassung des Tarifvertrags an die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bedeutet, das sei noch einmal betont, keineswegs eine Auslöschung und Gefährdung des Tarifrechts. Um Gefahren für das Tarifrecht auszuschließen, ist durch den zweiten Teil der Verordnung vom 5. September 1932 die Möglichkeit vorgesehen worden, daß die Tarifvertragsbestimmungen zugunsten gefährdeter Betriebe variabel gehalten werden können. Wer weiß, wie so oft schon nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmer im Reichsarbeitsministerium vorstellig wurden, vom Tarifvertrag in einzelnen Notfällen abweichen zu können, um sich den Arbeitsplatz zu erhalten, weiß, wie notwendig diese Vorschrift war. Durch die Einschaltung des Schlichters ist nach Möglichkeit eine mißbräuchliche Aus-

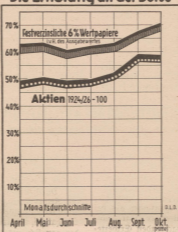
Die Arbeitslosigkeit geht zurück



nung der Verordnung unterbunden worden. Wer dem Schlichter die Aufgabe freitig machen will, je nach den wirtschaftlichen oder sozialen Erfordernissen auf eine Lohn- oder Gehaltserhöhung hinzuwirken, hebt grundsätzlich das Schlichtungswesen auf.

Von den sozialen Errungenschaften ist weiter geliebt die allgemeine Arbeitsgerichtsbarkeit, der Frauen-, Mutter- und Kinderschutz und all die sonstigen Bestimmungen des Arbeitsschutzes. Auch von den Einrichtungen in der Sozialversicherung ist nichts abgebaut worden. Hier ist lediglich aus zwingenden Gründen ein Abbau der Leistungen erfolgt. Der Abbau ist nur als Mittel zur Erhaltung des Wichtigsten, d. h. des Bestandes der Sozialversicherung in allen ihren Zweigen, anzusehen. Ich kann es mir sicherlich erlauben, noch einmal die bedrängte finanzielle Lage der Sozialversicherung, wie sie vor Erlaß der Notverordnung vom 14. Juni 1932 war, zu schildern. Sie dürfte jedem Einsichtigen bekannt sein. Das lag in dieser Notlage dem Freund der in ihrem Bestand bedrohten Sozialversicherung näher, als daß er sich die Frage vorlegte, was geschehen müsse, um die Sozialversicherung, die große soziale Errungenschaft, auf die wir Deutsche mit Recht stolz sind, durch die Zeitnöte hindurchzubringen? Jedermann

Die Erholung an der Börse



mußte damals, daß in der Invaliden- und Unfallversicherung die seitherigen Entlastungsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Versicherungszweige gesund zu machen. Deshalb hatte ja auch befürchtlich die Vorgängerin der jetzigen Reichsregierung bereits ähnliche Sanierungsmaßnahmen erzwungen, wie sie dann durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 in Kraft traten. Die Reichsregierung wird auch weiter zu ihrem Bekenntnis stehen, daß die sozialen Errungenschaften der Arbeiter aufrechterhalten werden müssen. Daß sie bereit ist, sobald es irgendwie die Verhältnisse gestatten, soziale Verbesserungen vorzunehmen, beweist der Inhalt der Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen.

Im vorstehenden konnte ich nur ganz kurz einzelne Maßnahmen zur Befähigung der Arbeitslosigkeit schildern. Es wären noch eine Reihe von anderen Maßnahmen, wie z. B. die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, die Bemühungen um eine Verfüzung der Arbeitszeit usw. anzuführen. Eines ist sicher: die Reichsregierung wird den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit allem Nachdruck weiterführen. Nur so wird es möglich sein, das deutsche Volk über den bevorstehenden Winter hinwegzubringen.

Die Stellung des Reichspräsidenten in der Verfassung

Von Dr. Richard Schmidt, Professor an der Universität Leipzig

Die Rechtsstellung des Reichspräsidenten im deutschen Staatsorganismus ist von der Weimarer Reichsverfassung nur sehr unbestimmt, in wesentlichen Punkten geradezu widerspruchsvoll geordnet, und die Staatspraxis, d. h. die Entschliegung des Präsidenten im konkreten Augenblick, war sehr häufig notwendig, um ihre Normen zueinander und zu den übrigen Reichsgewalten ordnen Regeln in ein rechtes Verhältnis zu setzen. Sicher war hierfür schon der erste Präsident des republikanischen Reichs, Friedrich Ebert, verdienstvoll wirksam. Aber erst durch Hindenburg wurde der Bild in die verfassungsmäßigen Möglichkeiten des Präsidentenamts ganz freigelegt. Dies muß man sich an den beiden großen Hauptfragen deutlich machen, zu denen die Reichsverfassung Stellung zu nehmen hatte, an der Frage der Berufung zur Präsidentschaft (I) und an der Frage des Funktionentretens des Präsidenten (II-IV) — wie man auch früher sagen kann, an dem Fundament und an den Säulen der Präsidentschaft. Dort schwanke zu Anfang die Grundgesetzgebung zwischen der Bestimmung der Präsidentschaft als einer abhängigen oder einer unabhängigen — hier zwischen der Umgrenzung seiner Machtvollkommenheit als einer schwachen oder einer starken, und in beiden Richtungen haben erst die historischen Geschehnisse die beiden letzteren, gefürderten Regelungen befestigt.

I.

Die Grundlagen der Stellung des Reichspräsidenten.

Beim Entstehen unserer Reichsverfassung war die Lage der Ausbildung einer unabhängigen Stellung des Reichspräsidenten ursprünglich nicht günstig. Die Volkswahlen des 19. Januar 1919 gaben dann zwar rasch für die Schaffung des einheitlichen Staatsbaus den Ausschlag. Aber bei der Begründung einer vorläufigen Reichsgewalt wurde wie in Frankreich die Wahl des ersten Präsidenten der Nationalversammlung, dem neuen Parlament, überlassen, und nach dem Intraftreten der Ver-

fassung wurde der vorläufige Präsident Ebert nicht durch Volkswahl als endgültiger Präsident bestätigt, sondern eine Entschliegung hierüber hinzögert und schließlich im Oktober 1922 die Bestätigung mit Geltung bis zum Juni 1925 durch ein vom Reichstag beschlossenes verfassungsänderndes Gesetz ausgesprochen. Immerhin hatte inzwischen doch bei dem Beschluß der Nationalversammlung über die endgültige Verfassung in der Mehrheit der Parteien die Überzeugung Wurzel gefaßt, daß die außerordentlich große Machtvolle, die die Reichsverfassung dem künftigen Parlament anvertraut hatte, ein Gegengewicht in einem „plebiszitären“ Präsidenten erfordere. So war der Art. 41: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt“ schon damals unter Dach gebracht worden, 1920 war das Ausführungsgefetz hierzu erlassen worden. Bestandteil des wahrhaft lebendigen Rechts ist aber das Prinzip doch erst durch die Wahl Hindenburgs im März und April 1925 geworden, so daß schon der Unabhängigkeitsgebanke mit der Persönlichkeit des heutigen Reichspräsidenten innerlich verflochten ist.

Die Bedeutung dieses Ergebnisses ist noch dadurch gesteigert worden, daß die Reichsverfassung gleichzeitig nicht die fürzere amerikanische Amtszeit des Präsidenten von vier, sondern die längere französische von sieben Jahren aufgenommen und weiter eine Wiederwahl ausdrücklich für fasthaft erklärt hat, wie sie denn im letzten Jahre tatsächlich erfolgt ist. Und endlich hat das Gefetz über die Wahl des Reichspräsidenten in einer Neufassung von 1924 die Geltendmachung der natürlichen Volkstimme bei der Wahl dadurch erleichtert, daß es zu deren Zustandekommen zwar im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (mehr als die Hälfte) verlangt, aber — wenn eine solche nicht erreicht wird — im zweiten Wahlgang schon die relativ höchste Zahl aller Stimmen entscheiden läßt. Damit ist eine Stichwahl und deren lebendiger Begleiter, die partei-geoffizelle Abmachung von Wahlbindnissen der Parteiorgane, nach Kräften ausgeschlossen und für die Entschliegung des einzelnen Wählers freie Bahn geschaffen.

II.

Die rechtliche Machtsphäre des Reichspräsidenten.

Bei dem raschen Wachsen der Selbständigkeit der Präsidentswürde waren die Erfahrungen, die mit dem Pflichtenkreis ihres Trägers gemacht worden waren, bereits von Einfluß gewesen. Mehr und mehr hatte man sich überzeugen müssen, daß das Bedürfnis der nun in Tätigkeit befindenden neuen Republik an den verschiedenen Stellen eine neben dem Reichstag und Reichsrat lebende aktive Potenz unentbehrlich mache, und zwar gar nicht nur erst bei der eigentlichen Erfüllung der Staatsaufgaben innerhalb seiner ordentlichen und außerordentlichen Funktionen (IV), sondern sogar schon bei dem Aufbau des Staates selbst, bei der Schaffung der Organe, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind (III). Auch hier, und zwar in beiden Richtungen, hatte es gegolten, zu den gegenwärtlichen Systemen der französischen und der amerikanischen Präsidentschaft, von denen heute die eine den Kompetenzen, einflussreichen, die andere den Kompetenzen wachen, wesentlich dekorativen Typus verkörpert, Stellung zu nehmen, und auch hier hatte sich mehr und mehr, wenn auch hier langsamer als bei der Frage der Berufung (I), das Streben zu enger Begrenzung der Kompetenz in der Richtung zu ihrer wachsenden Erweiterung verschoben.

III.

Der Einfluß des Reichspräsidenten auf den Aufbau der Reichsorgane.

In der organisierenden Funktion des Reichspräsidenten wird die Parallelstellung zum Reichstag, die bei seiner Berufung zum Ausdruck gekommen ist, praktisch wirksam. Sie hilft in besonderer Weise die lapidare Vorchrift des Art. 1 der AV. verwirklichen: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Nachdem das Volk durch die beiden zuvor geschilderten getrennten Volkswahlen unmittelbar den Präsidenten und den Reichstag zu ihren Gewalteln berufen hat, läßt es mittelbar durch das Zusammenwirken dieser beiden höchsten Organe die weiteren Gewaltträger ins Leben setzen, die Reichsregierung und die Reichsbeamtenschaft. Bei beiden aber ist der Einfluß des Reichspräsidenten der stärkere Faktor geworden.

Für die Zentralgewalt, die aus Reichskanzler und Reichsministern bestehende Regierung, hat Art. 58 und 54 der AV. das Zusammenwirken in einer Weise geordnet, daß sich der Anteil des Reichspräsidenten zunächst als ein sehr bescheidener darstellt. Ihre Mitglieder werden vom Präsidenten „ernannt und entlassen“. Da aber der Reichstag, d. h. die in ihm überwiegende Parteikoalition, dem vom Präsidenten mit der Kabinettsbildung zu betrauenen Staatsmann, dem künftigen Reichsfanzler, das Vertrauen erklärt haben muß, ebenso wie den vom Kanzler auszuwählenden Reformministern — da andererseits für jeden Minister durch die Entziehung dieses Vertrauens die Pflicht zum Rücktritt begründet wird, so scheint die präsidientielle Ernennung und Entlassung sich auf eine bloße Form zurückziehen. In der Tat war das „parlamentarische Prinzip“ der Kabinettsbildung von dem maßgebenden Redaktoren der Reichsverfassung in solchem Sinne gedacht. Aber die Wucht der Verhältnisse hat die Einflußlage gerade umgekehrt. Von jeher hatte es den Hauptpunkt in der politischen Anschauung Bismarcks gebildet, daß bei der Mannigfaltigkeit der deutschen Parteien ein Parlamentarismus für Deutschland ungeeignet sei. Diese Unberechenbarkeit des deutschen Parteiwesens hat sich nun in der Republik in ungeachter Weise unter den Wirkungen des Verhältnismäßigkeitsrechts rasch befähigt und gesteigert und eine Parteizersplitterung und damit eine Verfallung der Parteigenegensätze entstehen lassen, die schon seit Jahren eine rationelle Regierungsbildung nur unmöglichst macht. Die Folge war, daß die Bildung der Kabinette immer mehr in die Hand des Reichspräsidenten als des maßgebenden Faktors übergegangen ist — ein Ergebnis, das dadurch erleichtert wird, daß die Reichsverfassung über die Auswahl ministerieller Persönlichkeiten keine Vorschriften getroffen hat. Der Präsident hat demnach, ohne an Parlamentarier gebunden zu sein, seine Kabinette vielfach auch mit höheren Staatsbeamten (Mitgliedern des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums des

Inneren), mit führenden Gemeindebeamten (Oberbürgermeistern der Großstädte) besetzen können. Der fortbestehende Grundsatz, daß der Reichstag durch Mißtrauensantrag den Kabinettssturz herbeiführen kann, ändert daran nichts Entscheidendes. Einmal ist er wirkungslos, solange sich die Parteien unfähig wissen, ein neues Kabinett zu bilden. Und außerdem gibt für diesen Fall der Art. 25 der AV. dem Präsidenten ein starkes Abwehrmittel in der Auflösung des Reichstags und Ausschreibung von Neuwahlen mit der Aussicht hierdurch die Wahl eines feinem Kabinetts günstigeren Parlaments herbeizuführen. Nur die Schranke ist dem Präsidenten gezogen, daß er die Auflösung nicht zweimal aus dem gleichen Anlaß verfügen darf. Die dem Reichstag seinerseits gegebene Macht, vor Ablauf der Amtszeit die Abhebung des Präsidenten selbst durch Volksabstimmung herbeizuführen (Art. 45, 2), ist wegen des Erfordernisses einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags zum Antrag und wegen der Schwerfälligkeit unseres Volksabstimmungsapparats kaum von praktischer Wirkung.

Durch die allmähliche Klärung dieser Rechtslage hat sich die Rechtsstellung des Präsidenten in seinem Einfluß auf die Kabinettsbildung immer fester und für ihn günstiger gefaltet. Sie hängt damit der Stellung des amerikanischen Präsidenten, der von sich aus, mindestens ohne an den Einfluß der Volkskammer gebunden zu sein, die Chefs der einzelnen Ministerien, die „Staatssekretäre“ ernannt, sehr erheblich angenähert. Dem französischen Präsidenten hat sie sich immer mehr entfernt, weil diesem eine Auflösung des Parlaments durch bestimmte Erschwerungen der Verfassung und konstante Übung tatsächlich unmöglich gemacht ist.

Mit der wachsenden Bedeutung der Präsidentschaft für die Kabinettsbildung ist naturgemäß auch seine Bedeutung für die Ernennung der sonstigen Reichsbeamten, der höheren Offiziersstellungen des Heeres, der Botschafter, Gesandten und Konjunkt, der Abteilungsleiter und Referenten der einzelnen Ressortministerien des Reichs, des Reichsbankdirektors und anderer mitgewachsen.

IV.

Der Einfluß des Reichspräsidenten auf die Erfüllung der Reichsorganen.

Nicht minder einleuchtend macht sich das allmähliche Wachsen der präsidientellen Machtsphäre da bemerkbar, wo der Präsident bei den staatlichen Aufgaben des Reichs selbst — der Gesetzgebenden, verwaltenden, justiziellen — mitwirkt.

Faßt man hierbei nur die Zeiten normaler und ungeörterter Abwicklung der staatlichen Funktionen ins Auge, so erscheinen die Kompetenzen des Reichspräsidenten, so wie sie die Reichsverfassung ausdrücklich aufzählt, bescheiden. Sie bestehen in ganz bestimmten Einzelakten, deren Wirkung eng umgrenzt ist, und bei deren jedem der Präsident außerdem an die Mitwirkung anderer Reichsorgane, des Reichsfanzlers oder eines anderen Reichsministers, des Reichstags, des Reichsrats, des Reichsoffiziers im Sinne der wahlberechtigten Aktiobürgerchaft gebunden wird.

Sering ist vor allem der Einfluß auf den normalen Akt der Reichsgesetzgebung. Der Präsident hat nicht die Gesetzesinitiative, kann dem Reichstag nicht Reichsgesetzesentwürfe vorlegen. Er hat noch weniger die Sanction, die inhaltliche Befestigung des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes. Dieses ist regelmäßig mit der Verabschiedung durch den Reichstag. Dem Reichspräsidenten fällt nur der formale Akt der Ausfertigung und Verkündung zu, zu dem er verpflichtet ist. Wohl steht ihm gegen einen Gesetzesbeschluss des Reichstags ein Einspruch zu (Art. 75, 1), aber dieser ist kein das Gesetz verwerfendes oder auch nur aufschiebendes Veto. Um sich zu einem solchen auszumachen, bedarf es der Zustimmung eines Volksentscheids, der nach der Reichsverfassung bekanntermaßen schwerfällig, kostspielig und deshalb nur selten anwendbar und erfolgreich ist. Nur in den Fällen, wo bereits der Reichsrat, die Kämpfervertretung, Einspruch erhoben hat, wird der Einfluß des Präsidenten von realem Gewicht. Denn wenn er sich dem Einspruch des Reichsrats anschließt, gilt das Reichsgesetz im

Zweifel als beseitigt (Art. 74). Nur ausnahmsweise, wenn der Reichstag bei nochmaliger Beschlussfassung mit Zweidrittelmehrheit an seinem Gesetz festhält, muß der Präsident den Vorkenscheid über das letztere herbeiführen. Erst wenn auch dieser sich dem Veto des Reichsrats und des Reichspräsidenten anschließt, gilt das Gesetz als verworfen; auch in diesem Falle ist also das Votum des Reichspräsidenten an sich von sekundärer Bedeutung. Vor allem aber wird dem Präsidenten ein auf sich selbst beruhendes Recht, Rechtsregeln im Wege der Verordnung zu erlassen, unter regulären Bedingungen nicht erteilt. Die verfassungsgemäß erlassene Rechtsnorm ist nur als „konstitutionelles Gesetz“ gültig, m. A. W. sie bildet das Monopol des Reichstags, und nur wenn der Reichstag den Präsidenten zum Erlass von Rechtsverordnungen ermächtigt, kann dieser an die Stelle des eigentlichen Gesetzgebers treten — dies allerdings in großem Umfang vor allem durch Erlass von Ausführungsverordnungen zu Reichsgesetzen, aber selbstverständlich auch dies nur unter Gegenzeichnung des Reichsanzlers, so daß in Wahrheit solche Verordnungen Reichsregierungsverordnungen sind, die, in diesem Reichsministerium vorbereitet, im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten verfaßt werden.

Ebenso knapp bemessen werden die Zuständigkeiten des Reichspräsidenten in Rechtspflege und Verwaltung. In die Tätigkeit der ordentlichen Gerichte greift der Reichspräsident als Handhabender des Begründungsrechts ein, freilich nur da, wo Delikte vom Reichsgericht abgeurteilt worden sind, denn im allgemeinen funktionieren die Landesregierungen als Gnadeninstanz. Innerhalb der Verwaltung aber hat der Reichspräsident seine Prärogative nur im Wehrwesen, hier durch die Verfügung über das präsenz Heer, bei dessen militärischer Verwendung, und weiter im Bereich des Auswärtigen durch den Verkehr mit ausländischen Staatskäufern oder Gesandten. Vor allem vertritt er das Reich völkerrechtlich im Abschluß von Staatsverträgen, die, vom Auswärtigen Amt vorbereitet, wie ein Reichsgesetz nur im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten rechtsgültig werden können (Art. 45, 47).

Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß mit den genannten Einzelaufschriften die Einwirkung des Reichspräsidenten auf die staatlichen Funktionen überhaupt erschöpft wäre. Wie erwähnt, beziehen sie sich nur auf die Lage, bei der die staatlichen Tätigkeiten im Reich und in den Ländern ihren gewöhnlichen Gang gehen. Bekanntermaßen ist diese gesunde und erstrebenswerte Erscheinung — ein „normales Staatsleben“ — in der kurzen Spanne Zeit, die seit der Neuorganisation Deutschlands verlossen ist, nur in sehr vorübergehenden Zeiträumen zu verzeichnen gewesen. Weitens die Regel war ein von äußeren und inneren Kämpfen erschüttertes oder bedrohtes Staatsleben. Da ist es denn von größter Bedeutung, daß hierfür die RD. die Verhängung außerordentlicher Maßnahmen vorgesehen und für den Fall ihrer Notwendigkeit die Festsetzung ihrer Art und ihres Umfangs dem Reichspräsidenten mit einer Machtvollmacht übertragen hat, die ihm für einzelne Länder oder Landesteile oder für das gesamte Reichsgebiet, für einzelne Zweige der Staatsfunktionen oder für alle zeitweise eine Stellung eingeräumt hat, die unter Umständen dicht an eine Konzentration sämtlicher Staatsfunktionen in seiner Person angeht.

Allerdings hat der Art. 45 der RD. Bestimmungen, unter denen ein außergewöhnlicher Zustand, eine Staatskrise als gegeben angesehen werden soll, nicht einfach dem Ermessen des Reichspräsidenten überlassen, sie vielmehr ausdrücklich geregelt. Er hat sie andererseits jedoch nicht in genauer Spezialisierung festgelegt. Ein ergänzendes Reichsgesetz, dem eine solche vorbehalten wurde, ist bisher nicht ergangen, und so enthält der wichtige Artikel nur die allgemeinen Rechtsgedanken der Umräumung, diese wiederum dadurch kompliziert, daß sich in ihnen zwei verschiedene Gesichtspunkte mischen.

Als ungewöhnlich und abnorm gilt in der RD. bereits der Zustand, daß eines der Länder die „ihm na der RD. oder Reichsgesetzen obliegenden Pflichten“ nicht erfüllt. In welchem Fall also greift der Reichspräsident ein, etwa dann, wenn die Reichsregierung nach Art. 15, 3 die mangelhafteste Erfüllung reichsgesetzlicher Vorschriften durch eine

Landesregierung gerügt und das Land dem Mangel nicht abgeholfen hat, oder wenn ein Landesministerium innerhalb seiner Polizeiverwaltung, wie es das Land Thüringen 1950 getan, eine große Zahl von Mitgliedern einer Partei, die den Ansturz der bestehenden Verfassung betreibt, zur Anstellung gebracht hat. Hier wird dem Reichspräsidenten auf Grund einer Feststellung der Pflichtverletzung, die ebenfalls er selbst bindend vorzunehmen hat, die Gewalt der zwangsweisen Derwirklichung des pflichtmäßigen Zustands, die sogenannte „Reichs exekution“, eingeräumt, unter Umständen sogar mit Hilfe der bewaffneten Macht, eventuell aber auch nach seinem Ermessen mit anderen, milderen, vor allem indirekten Zwangsmitteln, wo solche ausreichen — z. B. im Thüringer Fall durch Sperrung der Zuschüsse der Polizeiverwaltung, zu dem sich das Reich den Ländern allgemein verpflichtet hatte.

Noch weit umfassender gestaltet sich die Machtvollkommenheit des Reichspräsidenten im Fall des sogenannten „Ausnahmestandes“, d. h. dann, wenn nach Art. 48, 2, im Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird. Hier erhält der Reichspräsident die „Reichs dikatur“, die Befugnis, „die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen“. Und diese Ermächtigung ist eine so allgemeine und dehnbare, daß sich für die Formen der Abhilfemaßregeln eine erschöpfende Aufzählung nicht entfern geben läßt. Sie ermächtigen ihn hier nicht nur zum Erlass von Entscheidungen und Verhängung einzelner Zwangsmassregeln. Vielmehr gewähren sie ihm eine außerordentliche Gesetzgebungsgewalt, die er durch Verordnung — hier ohne vorhergehende Delegation des Reichstags! —, durch „Notverordnung“ allein lediglich unter Gegenzeichnung des Reichsanzlers ausübt. Eine solche kann sich dann auf relativ spezielle Maßregeln, z. B. solche wirtschaftlicher Art, beschränken. Wächst sich aber die Gefährdung der Sicherheit, wie es in den letzten Jahren oft gesehen, zu schweren Unruhen und Tumulten, unter Umständen zu Angriffen unzufriedener Parteien auf die bestehende Regierung oder Behördenordnung eines Reichsteiles, zu politischen Massenmorden oder gar, wie es vor einigen Jahren in Sachen geschah, zu mißbräuchlichen verfassungswidrigen Übergriffen einer Landesregierung selbst aus, so kann die Notverordnung des Reichspräsidenten auch zur zeitweisen Beseitigung oder Einschränkung der wesentlichen Organe eines Landes vorstretzen, zur Betrauung eines Militärbefehlshabers mit der vollziehenden Gewalt oder zur Einsetzung eines Reichskommissars, auch wohl zum Erlass der ordentlichen Rechtspflegebehörden über Staatsverbrechen oder gemeingefährliche Delikte durch außerordentliche Sondergerichte. Ausdrücklich ermächtigt ihn Art. 48, 2, auch zur Außerkräftung gewisser wichtiger Stille im Bestand der freiheits- oder Grundrechte der Bürger, der Bewegungsfreiheit, des Hausfriedens, des Brief- und Postgeheimnisses, der Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Nur zwei Beschränkungen werden dem Reichspräsidenten auch im Fall eines Ausnahmestandes auferlegt. Er hat dem Reichstag unzugänglich von seinen Maßregeln Kenntnis zu geben und muß von dessen Beschluß ihre Außerkräftung gewärtigen — das allerdings eine Schranke die naturgemäß nur von Bedeutung ist, wenn der Reichstag in Tätigkeit ist, wenn er nicht etwa vorher und gleichzeitig aufgelöst wird. Und weiter hat der Reichspräsident zu gewärtigen, daß die von seinen Maßregeln betroffenen Glieder oder Organe des Reiches — Länder, Regierungsorgane eines Landes, politische Parteien — auf Ungültigkeit ihrer Notverordnungen oder sonstigen Maßnahmen beim Staatsgerichtshof des Reichs am Leipziger Reichsgericht Klage gegen die auf seine Anordnung handelnde Reichsregierung erheben, weil sie nach der Behauptung der Kläger die Grenzen des Art. 48, 1 oder 2, überschritten habe. In ganz großem Maßstab hat Deutschland (soeben diesen Weg vom Lande Preußen gegen das Reich beschritten gesehen, nachdem der Reichspräsident durch Verordnung vom 20. Juli 1952 im Land Preußen die preussische Regierung suspendiert, den Reichsanzler als Reichskommissar für Preußen eingesetzt und durch ihn die entlassenen Minister durch andere ersetzt hat.

Fünfzehn Jahre Sowjetunion / Von Dr. Adolf Grabowsky

Am 7. November 1932 wird man in der gesamten Sowjetunion mit großartigen Feiern den fünfzehnten Jahrestag der sogenannten Oktoberrevolution begehen, des Noten Umsturzes, der nach dem alten Stil am 25. Oktober 1917 stattfand. Wenn man bedenkt, daß Lenin bei Übernahme der Macht nicht darauf rechnete, lange im Sattel zu bleiben und daß er zunächst auch noch ein Kartell mit den linken Sozialrevolutionären für notwendig hielt, so wird man die fünfzehn-

jährige Dauer des Notens Regimes in der Tat als einen großen Erfolg buchen müssen. Und dies Regime ist auch kaum von innen her, sondern voraussichtlich nur durch einen unglücklichen Krieg fortzuführen. So groß die Unzufriedenheit der Bauernmassen heute besch, weil es, entscheidend ist, daß ihnen ein lebensfähigster, auf die Erhaltung der bolschewistischen Herrschaft gerichteter Kollektivgeist gegenübersteht, der von der Kommunistischen Partei, und nicht zuletzt von deren Jugend, getragen wird.

Man darf freilich auch die Anfänge des Notens Regimes nicht zu gering einschätzen. Wenn der Begründer der bolschewistischen Partei unmittelbar vor der Machtergreifung sich an Kreise außerhalb der Industriearbeiterschaft und sogar außerhalb der Bauernschaft wandte, so nur deshalb, weil er in diesem Augenblick die begrenzte Parteischlagkraft und Parteidoctrin in eine umfassende Bewegung ausweiten mußte. Nicht einen Moment ist er innerlich von seiner kommunistischen Grundanschauung abgewichen; wohl aber hat er aus äußeren Gründen, eben weil er sich recht schwach fühlte, eine Gewinnung möglichst des gesamten Volkes — unter Abzug selbstverständlicher der feudalen und hochkapitalistischen Schichten — versucht. Beinahe jede Revolution durch eine kleine Anzahl Menschen oder eine kleine Organisation ausgeführt wird, die nun genötigt ist, nach allen Seiten zu appellieren, nach allen Seiten mit Versprechungen zu arbeiten. Man wird Lenin nie begreifen, wenn man nicht den Taktiker und den Doktrinär in ihm unterscheidet; gerade weil er, um die Doktrin zu retten, so häufig den Taktiker hervorgehoben, ist er ein großer Staatsmann gewesen.

Selbst der Rätegedanke wird von Lenin nur als Mittel, nicht als Zweck betrachtet. In seiner Schrift „Staat und Revolution“ hat Lenin den Hauptnachdruck auf die Devise „Alle Macht den Räten!“ gelegt, und Name wie Agitationskraft der Sowjetunion in der ersten Zeit, Agitationskraft gerade auch außerhalb ihrer Grenzen, erklären sich nicht zum wenigsten daraus. Aber wie dem jüngeren Lenin der Sowjet wenig bedeutete, so hat der Rätegedanke im Fortgang der Notens Revolution immer mehr an Gewicht verloren — auch hier also, bei diesem ansehnlichen Kardinalpunkt, ein Wandel, der aber nur beweist, daß der Sowjet eben nicht kardinalen Wert besitzt. Er ist heute eigentlich nur noch Gliederungsprinzip des Volkes und des Landes, und dies nach anderen Gliederungsprinzipien, wie etwa der Nationalitäteneinteilung und der neuerdings besonders beliebten Einteilung in Wirtschaftspräzonen. Die Kommunistische Partei

ist es, die mehr und mehr den entscheidenden Platz besetzt hat. Man kann diese Entwicklung als zwangsläufig betrachten, da ein Gemeinwesen, das mit einer erglänzenden Grundüberzeugung — proletarische Diktatur zur Heranführung des Sozialismus — sich erhoben hätte, den modernen Parteienhaat mit seiner Vielfalt der Schichten und Meinungen ablehnen, aber selbst den anfortwährenden Sowjet herauswachsen mußte, der zwar nur „Merkwürdige“ kennt, aber aber doch — schon wegen seines zentralistischen Charakters — für neue Bildungen Tür und Tor öffnet. Jeglicher Relativismus hätte, genau wie im Faschismus, eine Unvollständigkeit zu weichen, die nur dort wohnen konnte, wo die einzige und letzte Quelle dieses Gemeinwesens war, eben im Volksweltismus. Aber diese kommunistische Partei hat doch in sich schwere Erschütterungen erfahren. Offiziell war die Bildung von Fraktionen verpönt, in der Praxis aber haben sich unablässig Fraktionen aufgetan. Man denke an die Kintoppolitik Trotskys, die fürdrehbare Kämpfe entfachte, denke an die ihr entgegen-

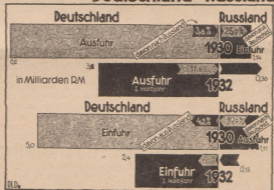
stehende Rechtsopposition, die erst vor kurzem wieder Ziel erobert wurde, als Stalin eine neue Säuberung der kommunistischen Partei anbefahl und nun Leute wie Kamenev und Sinowjew, die schon früher einmal ausgeschlossen worden waren, wiederum entfernt wurde. Man darf sagen, daß Stalin sich bald von der einen, bald von der anderen Opposition Argumente und Maßnahmen entlieh und dabei immer wieder diese Gruppen als Opposition rüffelstlos aufs Haupt schlug — vermeintlich eine Kintoppolitik, die aber in ihrer Mittelmäßigkeit durchaus konsequent vom Industrieproletariat seinen Anfang genommen und muß immer wieder die Industriearbeiter als seine Kerntruppen betrachten; aber wie Lenins erstes Dekret den Bauern das Land gab, so hat der Bolschewismus bei allen fremden Maßregeln gegen das Dorf niemals vergessen, das Ausland doch eben Bauernstaat ist und trotz der Industrialisierung noch lange bleiben wird. Deshalb die entschiedene Front gegen das, was man als ultralink bezeichnet.

So hat die Sowjetunion in diesen fünfzehn Jahren einen Weg erprobt, der keineswegs dem Extremismus aufweist, den der ausländische Beobachter leicht geneigt ist festzustellen, wenn er die Maßlosigkeit und Grausamkeiten in Einzelfällen, etwa bei der Unterdrückung der Kulaken oder der Kirche, berücksichtigt. Diese Dinge, so schlimm sie auch den Beobachter berühren, dürfen nicht irremachen: wer diesen nicht irremachen, wer diesen nicht bemerken, daß die Sowjetunion allen Übertreibungen aus dem Wege gegangen ist, und daß, wo einmal der Bogen überspannt worden war, wie in der Reichheit der Kollektivisierung auf dem Lande, die Regierung sich nicht gehetzt hat, mehrere Schritte zurück zu tun. Dies von Lenin eingemeißelt und in der bekannten Propaganda beispielhaft durchgeführte Maßhalten und sogar Zurückweichen ist von Stalin eher noch ausgebaut worden. Und doch sieht, wie müssen

Die Union der sozialistischen Sowjet-Republiken



Die Aussenhandelsbeziehungen Deutschland-Russland



die große Linie der Politik überlebt, wird bemerken, daß die Sowjetunion allen Übertreibungen aus dem Wege gegangen ist, und daß, wo einmal der Bogen überspannt worden war, wie in der Reichheit der Kollektivisierung auf dem Lande, die Regierung sich nicht gehetzt hat, mehrere Schritte zurück zu tun. Dies von Lenin eingemeißelt und in der bekannten Propaganda beispielhaft durchgeführte Maßhalten und sogar Zurückweichen ist von Stalin eher noch ausgebaut worden. Und doch sieht, wie müssen

uns immer daran erinnern, über der großen Einsie die größer. Wie man sich nicht verwirren lassen darf von den vielen unerfreulichen Ausfällen, darf man auch das tatsächliche Maßhalten nicht falsch einschätzen. Das äußerste Ziel bleibt, und nur die Mittel ändern sich, die Gefahr bleibt, und nur die Schattierungen wechseln.

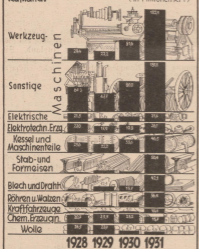
Weil aber unerrückbar ein schädlches Ziel im Hintergrund steht, deshalb wird die proletarische Diktatur niemals zu einer persönlichen werden. Auch hier ist Maßhalten zu konstatieren. Man hätte, solange Lenin noch regierte, glauben können, seine Diktatur sei persönlich, so übergrasende Macht hatte er. Daß aber sein Tod, wenn es auch Bluthochstände gegeben hat, doch keine Erschütterung des Systems zur Folge hatte, liefert den besten Beweis, daß selbst bei ihm von einer persönlichen Diktatur nicht die Rede war. Des Rätsels volle Lösung haben wir in der Hand, wenn wir erwägen, daß der Bolschewismus auf einem dem Faschismus entgegengesetzten Führergedanken beruht. Im heutigen Italien gilt der Duce als gnadenhaft erforen, und diese Verfassung wird wieder abgeleitet von seiner besonders innigen Verbindung mit dem über die Jahrtausende wirkenden gespaltenen Kräften der Nation. Er bereinigt die nationale Gnadenfrist in sich und läßt sie beruhigend auf die Unterführer. In der Sowjetunion gilt, so deutlich auch die Parteiorganisation von oben nach unten funktioniert, in der Führer doch nur als Epizentrum der wertmäßigen Maße. Und so sehr der Sowjetgedanke praktisch vom Parteigedanken überannt wurde, so wichtig ist er doch noch in der

Staat meist und dessen Interessen, vor allem in der Außenpolitik. Die Berücksichtigung der Nationalitäten hat den Staat nicht etwa zum Nationalitätenstaat werden lassen, vielmehr ist er schon um desswillen großräumig seinen eigentlichen Weisen nach, weil die Partei in Moskau zentralisiert ist. Man lasse sich nicht täuschen davon, daß der Ausdruck Ausland, selbst Sowjetrußland mehr und mehr vermieden wird. Und gerade weil man sich gegen international gebildet, lassen sich die nationalen Ziele um so unangreifbarer verfolgen. Die Außenpolitik dient der russischen Staatsidee. Damit aber wird die Sowjetunion Macht unter Mächten, und sogar, bei allem Nationalismus, besonders heftigste Macht. Weil sie anstandslos der fünfjahrespläne unter seinen Umständen durch außenpolitische Durchsetzungen in ihrem sozialistischen Aufbau geführt sein möchte, ist sie in ihren außenpolitischen Aktionen von großer Mäßigkeit.

Aus dieser tatsächlichen Mäßigkeit aber der Sowjetunion entspringt für uns eine wichtige Lehre. Auch diejenigen in Deutschland, die eingesehen haben, daß der Dreck nach Moskau nicht abziehen darf, weil wie dringend einen außenpolitischen Rückhalt gegen die Westmächte gebrauchten, betreiben doch, so fern sie keine Kommunisten sind, diese Kapitalpolitik nur mit halbem Herzen; denn sie haben stets die Empfindung, damit dem Kommunismus freie Bahn zu geben. Solche Besenken sind müßig. Die Sowjetunion ist nicht zu realistisch und hat viel zu sehr die Vernunftlosigkeit des Weltsozialismus verlagert — nicht aufgegeben, aber verlagert —, um in das freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland Kommunische Nebenabsichten einzuschmuggeln. Diese Freundschaft ist auch gar nicht Ausfluß des Bolschewismus, sondern der russischen Staatsidee, die nun einmal von der Sowjetunion vertreten wird. Es handelt sich, richtig betrachtet, um nichts anderes als um Fortsetzung und Umwandlung des Bismarckschen Räderverlehnungsvertrages. Wir haben uns 1922 in Rapallo zusammengefunden in dem gemeinsamen Vorhaben, uns gegenseitig als außenpolitisch Handelnde und nicht nur Duldbare anzuerkennen und zugleich einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. So natürlich diese gemeinsame Haltung war, so selbstverständlich ist auch ein weiteres gemeinsamer Weg der beiden Mächte. Wenn die Sowjetunion auch manchmal glaubt, ohne Deutschland auskommen zu können, und wenn wir vielleicht einmal in denselben Glauben versallen, allein die Geographie fordert unfer Einvernehmen. Und was wir auch gegen das rote Regime einzuwenden haben mögen, immer werden wir uns folgen müssen, daß jedes andere Ausland sehr viel mehr als das bolschewistische auf den Spuren des europäischen Westens wandeln wird.

Was liefert Deutschland an Rußland?

Die wichtigsten Posten der deutschen Ausfuhr nach Rußland: (in Millionen RM)

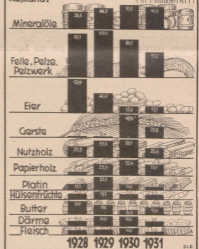


Idee, in seiner Schichtungstendenz, die von unten nach oben läuft, und die den höheren Sowjet immer aus Delegation des unteren erwarthen läßt.

Zu keinem anderen Ergebnis wird man gelangen, wenn man das Verhältnis des Bolschewismus zum Staatsgedanken untersucht. Man weiß, daß der Marxismus als Ideal das Aufheben des Staates, den Abgang des Staates in die Gesellschaft, normiert hat. Der Staat sei, so heißt es, immer Zwangsinstrument in der Hand einer ausbeutenden Klasse gewesen, falls aber eines Tages diese Klasse fort, so sei es auch mit dem Staate vorbei. In Wahrheit herrscht aber der Bolschewismus einen Staatsgedanken, wie er krasser und härter gar nicht gedacht werden kann. Gewiß, es wird erklärt, man sei noch in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und in diesem Zwischenstadium, in dem die revolutionäre Diktatur des Proletariats herrsche, müsse, damit diese Diktatur möglichst effektiv sei, eben auch der Staat mögliche Kraft haben. Aber es ist doch nicht zu erkennen, daß das rote Regime seinen Staat über diese augenblicklichen Notwendigkeiten hinaus hegt und pflegt, und daß es dabei immer mehr den spezifisch russischen

Was bezieht Deutschland aus Rußland?

Die wichtigsten Posten der deutschen Einfuhr aus Rußland: (in Millionen RM)



Wandlungen im Wirtschaftssystem

Von Dr. Hans-Siegfried Weber

Wie in einer Erdbenenkarte lassen sich die elementaren Erschütterungen, die das in der Welt überwiegend herrschende kapitalistische System durchziehen, registrieren. Ob sie sich zu einem Weltbrand auswirken und in ihrem Sturze den ganzen Kapitalismus mit sich reißen — das ist die große Schicksalsfrage, die allenfalls erörtert wird. Manche wirtschaftlichen und finanzkapitalistischen Tiefenunternehmungen haben sich zweifellos als nicht anpassungsfähig erwiesen. Zu ihrer Stützung hat der Staat im Interesse der Allgemeinheit eingreifen müssen. Das geschah in Frankreich, was nur in Deutschland. Auch in Frankreich, das unter der Welt-

wirtschaftsfrage erheblich weniger zu leiden hatte, sind eine Reihe von Pariser und Provinz-Großbanken zusammengebrochen. Weiteren Zusammenbrüchen wurde nur durch Hilfe des französischen Staates begegnet.

Wir haben uns zweifellos von der individualistisch-liberalen Wirtschaftssystem in mehrerfach Hinsicht entfernt. Dieser Catbald muß vor allem geschützt werden. Die Stützung großer Unternehmen in der Industrie und im Bankwesen hat der öffentlichen Hand einen nie gekannten Eingang in die Wirtschaft verschafft, hat ihr Möglichkeiten der Einwirkung gegeben,

die man in ihrer Bedeutung vielfach unterschätzt. Es sollen und können hier nicht die Einzelgänger, die durch Staatseinfluß auf die Riesenunternehmungen entstanden sind, erörtert werden. Notwendig aber ist, daß man das Problem sieht, das zur Lösung liegt.

Es geht aber nun nicht an, den Kapitalismus schlechthin mit dem Liberalismus zu identifizieren, wenn auch die liberale Ideenwelt für die Durchsetzung des kapitalistischen Systems von ausschlaggebender Bedeutung war. Die Entfesselung des heute allgemein in der Weltwirtschaft herrschenden Kapitalismus geht jedoch auf den Merkantilismus zurück, der sich liberal in den europäischen Staaten im Laufe des 16. bis Ende des 17. Jahrhunderts durchsetzte. Der Staat, welcher damals in das wirtschaftliche Leben mit fester Hand eingriff, überrand das kapitalistische reine Bedarfsbedingungsprinzip und ließ im Handel wie in Gewerbe Großbetriebe. Gewiß wirkte sich diese staatliche Protektion einseitig aus; denn der Staat wurde der Herr des wirtschaftlichen Lebens und betrachtete die Wirtschaft als eine Sphäre der normalen Verwaltung, wie etwa die Polizei. Er förderte aber doch praktisch durch ein kompliziertes System den auswärtigen Handel und die gewerbliche Manufaktur. Er verkaufte gewerbliche Erzeugnisse und Industrieprodukte ins Ausland, ja er ergoß die Untertanen zur kapitalistischen Wirtschaftlichkeit. Unter den deutschen Fürsten spielen die Hohenzollern als Begründer kapitalistischer Industrie die vorragende Rolle. Der private Erwerbseizel wurde damals durchaus vom Staate gefördert. Ja, der Staat hat, wie ein kameralfiskal-merkantilistischer Schriftsteller sagte, die Privaten an den Öhren herbeizoggen, damit sie sich als kapitalistische Unternehmer betätigten.

Auf die Überspannung der Staatsgewalt durch den Merkantilismus folgte die Epoche des Liberalismus in der Wirtschaft. Die Durchsetzung des freien Spiels der Kräfte im wirtschaftlichen Leben, umbehindert von jedem Eingreifen des Staates, wurde die Liberalistische Zielvorgabe. Zugleich aber verlangte die Liberalistische Selbstverwirklichung: Das einzelne; weder der Staat noch die Gesellschaft sollen dem Individuum die Verantwortung für seine wirtschaftliche Existenz und sein Vorwärtskommen abnehmen. Der Liberalismus suchte aber auch den Staat aus jeder wirtschaftspolitischen Betätigung herauszubringen und erwartete von einer völlig schrankenlosen Wirtschaft die Harmonie im wirtschaftlichen Leben. Er forderte daher die ungehemmte Lauswirtschaft über die ganze Erde, nämlich den Freihandel. Dem Einzelindividuum ausgehend, sollten nach der liberalen Doktrin Wirtschaft und Gesellschaft konzentriert, sollte die allgemeine Wohlfahrt in der Welt herbeigeführt werden. Die Grundbedanken des wirtschaftlichen Liberalismus sehen aber eine Gesellschaft von Wirtschaftssubjekten voraus, die nebeneinander stehen und die Gleichheit der Chancen besitzen. Die liberale Idee stammt daher aus einer wirtschaftlich-sozialen Kleinwelt und sah nicht die großbetriebliche, wie die großtechnische Wirtschaft voraus. Den einzelnen Individuen hatte der Liberalismus Raum verschafft und alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Aber diese Stabilisierung der absoluten Wirtschaftsfreiheit drohte schließlich zum Kampf aller gegen alle auszuarten und gerade die ökonomische Ordnung, die der liberale Individualismus als naturgegebene Harmonie wünschete zu zerstören. Aus der Wirtschaft selbst entstanden daher neue Bindungen und Bindungen, neue Formen und Ordnungsformen. Gerade in dem hochkapitalistischen Westen jenseits des Ozeans, in den Vereinigten Staaten von Amerika, wurde zuerst zur Vändigung der freien Konkurrenz Trusts und Kartelle geschaffen, die zugleich eine unerhörte Betriebskonzentration und Steigerung der Produktion im Gefolge hatten. In diesem Umwandlungsprozeß, der sich schließlich in der gesamten kapitalistisch geführten Weltwirtschaft vollzog, griff aber auch der Staat wieder fester ein. Er bewachte die Interessen der Wirtschaft durch seine Ordnungsstrebung; zumal eben die entstehende Großwirtschaft nicht mehr Individualwirtschaft im Sinne des liberalen Systems war.

Der Kapitalismus stellt eben ganz und gar kein ein für alle Male fertiges System dar. Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich in einem Zustande ständiger Wandlung. Sie wird nicht getragen von feststehenden Grundgesetzen, sondern ist von

dynamischen Kräften erfüllt. Stets hat der Staat auch in das wirtschaftliche Leben eingegriffen, denn es hat praktisch niemals eine von der staatlichen Politik gänzlich unabhängige Wirtschaft gegeben.

So primitiv solchjenseit sich aber nun auch nicht der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß, daß einfach in unserer jetzigen Lage der Merkantilismus nachgehakt werden könnte. Das merkantilistische System war an seine Zeit gebunden. Die heutigen Zusammenhänge zwischen Staat und Wirtschaft gilt es daher in ihrer Einmaligkeit und Einzigartigkeit zu begreifen. Man kann nicht Prinzipien aus ganz anderen Zeiten übernehmen. Wenn daher an sich der Staat wieder fester in das wirtschaftliche Gebilde eingegriffen, so ist das noch kein Staatskapitalismus. Er will im Gegenteil oft gerade die gefunden Grundlagen der Privatwirtschaft erhalten.

Die Volkswirtschaft stellt aber auch andererseits niemals eine bloße Zusammenfassung von Einzelunternehmungen dar, die von einer Zentrale aus gelenkt und technisch beeinflusst werden könnten. Sie ist vielmehr ein organisches Ganzes, dessen einzelne Glieder gesund sein müssen. Gerade der deutsche volkswirtschaftliche Organismus ist nicht lebensfähig ohne eine leistungsfähige Landwirtschaft. Die Erhaltung der Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion, die Sicherstellung der Volksernährung bedeuten Notwendigkeiten für den deutschen Wirtschaft. Seine Feinwesenheit ist untarbeitsfähig. Auch Reichsernährungsmittel freibier von Braut hat sich mit Recht gegen den Vorwurf der Epporfenlichkeit gewehrt. Die Landwirtschaft ist aber auch ein viel größerer Abnehmer der Industrieerzeugung als das Ausland. Sie nimmt 3. B. in normalen Zeiten allein ein Drittel der gesamten deutschen Metallzeugung auf. Kommen daher die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zum Erliegen, dann müssen aber kurz oder lang die industriellen Unternehmungen ihre Tätigkeit zum größten Teile einstellen und Arbeiter entlassen. Die Industrie ist also im größten Maße an einer leistungsfähigen und faßfertigen Landwirtschaft in der Wirtschaft. Und wenn heute bei uns dem Bauernum und Großgrundbesitz besondere staatliche Hilfen zuteil werden, so geschieht das keineswegs nur im Interesse dieser Privatbetriebe selbst, sondern im Gesamtinteresse der übrigen Wirtschaft. Es handelt sich auch hierbei keineswegs um einen Vorgang, der sich auf Deutschland beschränkt. Auch in den meisten Agrarländern Südosteuropas und Südamerikas mußte die Regierung zum Schutze der Landwirtschaft Maßnahmen ergreifen.

Wirtschaftspolitik läßt sich überhaupt nicht nach bloßen Prinzipien treiben, die ein für allemal feststehen. Die ökonomischen Zusammenhänge und Ordnungen setzen nicht den Staat frei und unmerklich. Der Staat muß in den wirtschaftlichen Prozeß unter Umständen allein unter dem Gesichtspunkte eingreifen, Schlimmeres zu verhüten. So galt es denn auch in Deutschland den Zusammenbruch großer Banken- und Industrieunternehmungen zu verhindern; denn allein eine weitere zusätzliche Arbeitslosigkeit hätte wahrscheinlich zum Ruin der gesamten deutschen Wirtschaft geführt. Von den gestifteten Bankinstituten hing aber auch 3. B. das Wohl und Wehe tausender kleiner Genossenschaftsbank, die bei einem Zerfallen der großen Geldinstitute zusammengebrochen wären und dann Hunderttausende von Handwerklern und Kaufleuten ruiniert hätten.

Die wirtschaftliche Entwicklung muß in ihrer Totalität und in ihren Zusammenhängen klar erkannt werden. Das wirtschaftliche Leben geht nicht unabhängig von der staatlichen Politik seinen Weg. Aber auch dem Staate sind in seinem Handeln Grenzen gesetzt, wenn er Erzeugung und Verbrauch in ein harmonisches Gleichgewicht bringen will. Gerade eine durch äußere und innere Ursachen fast geschwächte Wirtschaft verdrängt keine Experimente, die lediglich auf theoretischen Konstruktionen beruhen, ohne die natürlichen Gegebenheiten hinreichend zu berücksichtigen. Das Wirtschaftssystem ist, wie wir schon, nichts Unabänderliches. Es muß jeder Stärke weichen, elastisch genug sein, um sich dem Wechsel der Dinge, der jugendlichen Entwicklung anpassen zu können. Und vor allem: es muß sich seiner sozialen Verpflichtungen gegenüber der Volksgemeinschaft bewußt sein. Nur so wird es seine eigentliche Aufgabe erfüllen können: dem Gemeinwohl zu dienen, Schäden zu schlagen über widerföhrliche Interessen.

Not an deutschen Grenzen / Von Feix Heinz Reimesch

In einer Länge von mehr als 200 km dehnt sich der Böhmer- und Bayerwald an der östlichen Grenze Bayerns, ohne freilich eine Dörferscheide zu sein. Dies Gebiet stellt den größten zusammenhängenden Wald Europas dar. Gewaltig, zum Teil im Urzustande erhalten, manchmal höher in seiner Höheartigkeit und ernst, erhebt sich der Hochwald über der Ebene der fruchttragenden Felder und Wiesen, die sich südlich an die Böhmer Ebene schließen. Im Norden das böhmische Riesengebirge. Man kann tadelnd zwischen Opfer und Acker, zwischen Acker, Kuten und Bodschiff wandern, ohne außer wenigen Forst- und Zollbeamten ein paar Bergsteiger zu

sehen, und diese sind zum überwiegenden Teil Tschechen. Das Reich aus kaum besetzt, dem Verkehr noch wenig erschlossen, darum aber auch in vielen Beziehungen noch unheimlich und von vielerlei Menschen bebaut, die von geradezu bekümmender Einfachheit und Selbstgenügsamkeit sind, wurde dieser Wald durch die Grenzschließung von 1918 — entgegen dem Selbstbestimmungsrecht — politisch gespalten, obgleich alle seine Bewohner bayerischer Stammes sind. Das Weib und eine große Anzahl von Millionen Menschen bebaut, die in den letzten Jahren in immer größere Not geraten sind, teils durch die wirtschaftlichen, teils durch die politischen Verhältnisse.



Im Böhmerwald zu Füßen des Teber (Bodenmais)
(In diesem Hause leben 13 Menschen)

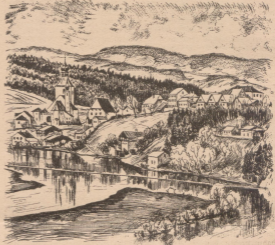
In harter Überbittlichkeit lebt die Not vor den meisten Häusern der Wälder. Früher war der Wald ihr Ernährer; denn Gehntausende fanden ihr Brot als Holzfäller, Glöher und als Arbeiter in den Sägewerken, in den Glashütten, die in dem Wald gebaut waren, um das Holz an Ort und Stelle aufzubereiten. Heute — es ist kaum fähig — ist das russische Holz im Böhmer und Bayerwald billiger als das, was vor dem Lese in unbeschreiblicher Fülle mächt. Die Wälder bringen heute nicht mehr von Holzschlägen; alle die vielen tausend Holzflößer sitzen zu Hause in ihren bescheidenen Häusern und sind arbeitslos; sie haben auch gar keine Möglichkeit, irgend etwas zu tun, denn es bietet sich ihnen keine Arbeitsmöglichkeit. Alle diese kräftigen Männer stehen vor dem dumpfen Nichts. Der Familienvater erhält in der Tschechoslowakei im besten Falle zehn Kronen Arbeitslohnunterstützung für die Woche, das sind 1,20 RM. Von den 66 Glashütten, die früher im Böhmer Wald gearbeitet haben, sind nur noch vier in Betrieb und auch diese nur teilweise. Fast alle Sägewerke stehen still. Auf der Holzbau erdört nicht mehr der laute Ruf der Glöher, und auch der Bauer kann von dem spärlichen Ertrag der hochliegenden feinsten Äder nur sehr knapp leben.

Zu all diesen wirtschaftlichen Nöten kommt auf der böhmischen Seite noch die politische Unterdrückung hinzu. Das freilich 600 bewohnte Tschechen den etwa 250 Seelen zählenden deutschen Ort **Ulrichsdorf** am helllichten Tag überfallen, um den Bau einer deutschen Kulturvereinschule zu verhindern, ist doch selbst für die Tschechoslowakei etwas Außergewöhnliches.

Vielleicht nicht so frag, deshalb aber nicht weniger schmerzhaft macht sich die Arbeitslosigkeit auf der bayerischen Seite des Waldes bemerkbar. Kommt man über Eisenstein in das Gebiet des Arber, der die Landschaft auf viele Dutzende von Kilometern im Umkreis beherrscht, dann ist man in einem Land so voller Schönheit, daß man es einfach nicht verliert, aus welchem Grunde nicht schon in den Zeiten, da es Deutschland wirtschaftlich besser ging, Eisenbahnen gebaut wurden, die wirklich den Verkehr fördern. Infolge der schlechten Verbindungen können weder die Holzfirmen noch die verschiedenen Glasindustrien mit anderen Gegenden den Wettbewerb aufnehmen, da ihre Waren zumest Umwege von 60 und mehr Kilometern machen müssen, um an die Hauptstehbahnhöfe heranzukommen. Und da die Verbindungen schlecht sind, kann sich auch der

Fremdenverkehr nicht heben. Das Städtchen **Zwiesel** ist der Mittelpunkt dieser Landschaft, die so außerordentlich geeignet wäre, ein Sammelbecken für Sommer- und Winterwanderer zu werden. Es müßte aber baldigst die im Ostbillegesez projektierte, aber bisher noch nicht begonnene **Zellerthalbahn** gebaut werden, die die bayerische Gemarkung mit Nürnberg bzw. mit Passau verbindend und damit an den Weltverkehr anschließt. Dieser Bahnanbau würde auch helfen, die augenblicklich ganz furchtbare Arbeitslosigkeit wenigstens teilweise zu beseitigen. In Zwiesel selbst sind laut Aussage des Bürgermeisters von 4752 Einwohnern 3155 Unterfüllte. In der Gemeinde Bodenmais stehen die Verhältnisse noch schlechter, denn hier sind es gar 85 v. H. aller Arbeitsfähigen, die augenblicklich arbeitslos sind. Von 206 Arbeitern, die zum Beispiel von der Fortpflanzung bisher beschäftigt wurden, sind nur noch sechs in Arbeit. Die Glasflößen leben bis auf zwei still und verfallen allmählich. Das eine Bergwerk, in dem das sogenannte Polsterrot abgebaut wird, arbeitet noch zwei Tage in der Woche, wobei die Arbeiter weniger verdienen, als die Arbeitslohnunterstützung ausmacht. Zu diesen beispieslos schlechten Verhältnissen kommen dann auch noch die Folgen der Hagel- und Windbruchkatastrophen aus dem Juli 1929. Dieser Orkan hat den Wohnsitz des waldbesitzenden Bauern völlig vernichtet, aber auch die Staatsforsten schwer geschädigt. Wenn wir zu diesen Katastrophen noch die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise hinzurechnen, so können wir uns eine Vorstellung machen, wie unbeschreiblich schwer es die Menschen dieses Notlandsgebietes haben.

Eine wichtige nationalpolitische Aufgabe wird es sein, alles zu tun, um den böhmischen und bayerischen Wald wieder als auch national zu kräftigen. Eine der am ehesten durchzuführenden Maßnahmen wäre eine Intensivierung des Fremdenverkehrs in diesem herrlichen Waldland mit seinen schönen Bergen, seinen romantischen alten Städten und seiner unwürdigen bujarischen Bevölkerung. Auch der Böhmer- und Bayerwald ist ein Stück bedrohter deutscher Grenzmark.



Ort Regen im Böhmerwald

Zur Zeitgeschichte

Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung

Die diplomatischen Verhandlungen und die öffentliche Erörterung über Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung in der Wehrfrage gehen weiter. Herriot ist auf Einladung MacDonalds einige Tage in London gewesen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, daß Herriot seinen Widerstand gegen eine Viererkonferenz aufgab, jedoch verlangte, daß diese Konferenz nicht in London, sondern in Genf stattfinden, entsprechend der in den französischen Antwortnotizen auf das deutsche Gleichberechtigungsmemorandum vom 29. August vertretene These, daß Verhandlungen über die Frage der Gleichberechtigung nur im Rahmen des Völkerebunds stattfinden dürften. Die englische Regierung hat daraufhin bei der deutschen angefragt, ob sie bereit ist, an einer Viererkonferenz in Genf teilzunehmen. Die deutsche Regierung war geneigt, diese Frage mit Nein zu beantworten. Die Gründe liegen auf der Hand. Deutschland hat sich von der Abrüstungskonferenz zurückgezogen, solange die Frage

der Gleichberechtigung nicht geklärt ist. Es zu veranlassen, an einer Viererkonferenz in Genf am Sitz der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, enthielt die Zustimmung, sich wieder in den Rahmen der Abrüstungskonferenz einzufügen, bevor die Frage der Gleichberechtigung geklärt ist, d. h. also den ursprünglich eingenommenen Standpunkt aufzugeben. Die deutsche Haltung geht ja gerade dahin, sich von der Abrüstungskonferenz so lange zu distanzieren, bis die Gleichberechtigungsfrage geklärt ist. Die Festsetzung Genfs als Konferenzort für die Viererkonferenz bedeutete den Versuch, Deutschland durch eine Hintertür wieder in die Abrüstungskonferenz hineinzuführen, bevor die Gleichberechtigungsfrage geklärt wäre.

Wenige Tage nach der ablehnenden deutschen Antwort hielt im sogenannten **Estefin** Komitee der Abrüstungskonferenz der französische Vertreter **Maffei** eine mit Verdächtigungen reichlich durchsetzte Rede gegen Deutschland, in der er zu beweisen suchte, daß die deutsche Polizei militärischen Charakter habe, militärisch ausgebildet, bewaffnet und organisiert ist und deshalb ganz oder teilweise zur

Reichswehr hinzuzurechnen sei. Der deutsche Vertreter auf der Döflerbundstagung in Genf, Gefandter von Rosenberg, hat daraufhin die in Genf tätigen Vertreter der Weltpresse zusammenberufen und die Bekauptungen Majkaffis in wirksamer Weise richtiggestellt. Dieser Vorgang zeigt uns recht die deutsche Regierung mit ihrer ablehnenden Haltung hinsichtlich Genfs als Konferenzort für die Disserkonferenz über die Gleichberechtigungsfrage hatte.

Im übrigen ist zu bemerken, daß der deutsche Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage in der öffentlichen Meinung der Welt, insbesondere Englands und Italiens, deutliche Fortschritte macht. Der Druck der öffentlichen Meinung Englands auf die englische Regierung verläßt sich zusehends. Eine große Anzahl führender Persönlichkeiten aus den verschiedenen Kreisen, darunter die führenden Bischöfe Englands, sind in aller Form bei der englischen Regierung vorgetreten und haben unter anderem gegen die Ausführungen der englischen Antinoote auf das Deutsche Gleichberechtigungsmemorandum Stellung genommen. Der englische Außenminister sah sich dadurch veranlaßt, von dieser Note in aller Form abzustehen. Der italienische Ministerpräsident Mussolini hat seinerseits den deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage ausdrücklich anerkannt.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat die Einberufung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz auf Ende November vorgeschlagen. Er scheint also damit zu rechnen, daß bis dahin die Gleichberechtigungsfrage so weit geklärt ist, daß Deutschland wieder an den Genfer Abrüstungskonferenz teilnehmen kann. Ob diese Erwartung berechtigt ist, läßt sich natürlich noch nicht sagen. Nur soviel steht fest: Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung ist eindeutig und unmissverständlich erhoben, und eine zweibeitige Kompromißformel hat keine Aussicht, von Deutschland angenommen zu werden.

Dr. S.

Deutschland und die Reform des Döflerbundsekretariats

Die 13. Döflerbundversammlung, die vor einigen Tagen in Genf beendet wurde, hat einen großen Teil ihrer Arbeitszeit auf die Reform des Döflerbundsekretariats verwendet, deren Notwendigkeit seit Jahren von der Mehrheit der Mächte anerkannt war. Sie länger hinauszuschieben, war nicht möglich, schon aus dem Grunde, weil große personelle Veränderungen in nächster Zeit in den leitenden Stellungen in Genf sich abzeichnen werden. Der Generalsekretär, Sir Eric Drummond, wird nach dreizehnjähriger Tätigkeit im nächsten Jahr von seinem Posten zurücktreten. Mit ihm zugleich gehen der japanische Untergeneralsekretär aus. Schon vorher gehen der deutsche und der italienische Untergeneralsekretär in andere Ämter über. Gefandter von Disour-ferrone übernimmt nach sechsjähriger Tätigkeit an der Spitze der Abteilung für geistige Zusammenarbeit einen wichtigen Zusatzposten.

Der Augenblick, in dem die Berufung ganz neuer Männer an die Spitze der Döflerbundverwaltung erfolgt, ist zweifellos für eine Neuregelung der Organisation und eine Neuerteilung der Arbeitsgebiete besonders günstig. Deutschland hat bei der Vorbereitung des Reformwerkes den einen leitenden Gesichtspunkt in den Mittelpunkt der Erwägungen gestellt: daß nämlich der Döflerbund nicht von einigen wenigen Großmächten beherrscht werden darf, sondern daß er von allen Mittelstaaten getragen werden muß. Die Gefahr, daß der Döflerbund zum Instrument der Siegerstaaten im Sinne einer status quo-Politik gemacht wird, ergibt sich ja ohnehin aus der Entstehungsgeschichte der Genfer Institution. Wer für eine wirksame Zusammenarbeit aller Döfler im internationalen Geiste eintritt, muß also mit allen Kräften dahin streben, daß die Arbeit im Genfer Sekretariat so gleichmäßig wie nur möglich auf alle Nationen verteilt und dadurch die Überangstung einzelner Mächte überwunden wird. Die deutsche Delegation hat bei der 13. Döflerbundversammlung unter Führung des Gefandten von Rosenberg — im zusätzlichen Ausmaß vertreten durch den Staatssekretär v. D. Freiherrn von Abeinbaben — für diesen Grundgedanken mit großem Nachdruck sich eingesetzt. Es gelang ihr gegen den heftigen Widerstand insbesondere der Franzosen durchzusetzen, daß in Zukunft keine Macht in den leitenden Stellen des Döflerbundsekretariats (zu denen neben den General- und Untergeneralsekretären auch die sämtlichen Direktoren rechnen) mehr als zwei Ämter bekleiden darf. Infolgedessen wird bereits im nächsten Jahr der ablaufende Vertrag des französischen Leiters der Informationsabteilung nicht mehr erneuert werden.

Deutschland, das bewußt dafür verstanden hat, in diesem Zusammenhang irgendwelche personellen Fragen aufzuwerfen, sich vielmehr auf die Wahrnehmung eines sachlichen Prinzips beschränkt hat, erhält bei der nun beschlossenen Reorganisation die Leitung der wichtigen Wirtschafts- und Finanzabteilung. Es hat zwar nicht alle berechtigten Forderungen durchsetzen können, so insbesondere die nach einem regelmäßigen Wechsel des leitenden deutschen Generalsekretärs. Aber es ist unzweifelhaft, daß ein Fortschritt in der von der deutschen Politik angestrebten Richtung erzielt wurde.

W. St.

Erhöhung der Sozialleistungen

Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 19. Oktober sind für die Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1935 die Leistungen in Höhe von 9,5 % für die Arbeitslosenhilfe erhöht worden. Arbeitslose in der Lohnklasse 1 bis 6 erhalten je nach der Größe der Familie Familienzuschläge von 2, 5 oder 4 Mark in der Woche. Auch für Arbeitslose in einer höheren Lohnklasse sind Zuschläge vorgesehen, wenn ihr bisheriger Unterhaltungslohn den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht. Ferner werden künftig alle Orte mit mehr als 50 000 Einwohnern der Ortsklasse A zugerechnet. In der Ortsklasse B wird die Unterscheidung in Gemeinden über und unter 10 000 Einwohnern aufgehoben. Der Reichsanwalt ist ferner ermächtigt, zum Ausgleich von Härten aus den Mitteln der Reichsanwalt einen Betrag von acht Millionen zu verwenden.

Weiterhin stellt die Notverordnung die durch Notverordnung vom 8. Dezember 1931 befestigten Mehrleistungen der Krankenversicherungen, insbesondere auf dem Gebiet der Familienhilfe, bis zu einem gewissen Umfang wieder her. Die Oberbeitragsämter sollen darüber wachen, daß hierdurch eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge nicht entsteht. In der Unfallversicherung ist die Kürzung der Entschädigung für Unfälle nach dem 31. Dezember 1931 durch die Notverordnung vom Juni des Jahres wieder rückgängig gemacht worden. Auch in der Rentenerhöhung ist eine Erweiterung der freiwilligen Mehrleistungen zugelassen und die in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 für die Angestelltenversicherung verhängte Sperre wieder aufgehoben worden. Damit wird die Gewährung von Diszonten und Kinderzuschlägen über das 15. Lebensjahr hinaus fortsetzbar wieder möglich. Schließlich steht die Verordnung zum Mildertagen hinsichtlich der Kriegsoberrenten vor, für die sich der Reichspräsident mit besonderem Nachdruck eingesetzt hat.

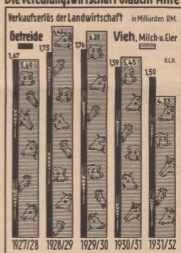
Die vorgesehenen Verbesserungen werden bis zum 1. April 1935 einen Mehraufwand von etwa 70 Millionen erfordern. Weitens der größte Teil, nämlich 55 Millionen, entfällt auf die Arbeitslosenhilfe. Der enge Zusammenhang zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen wird hierbei klar. Die Regierung rechnet mit einer Erhöhung der Einnahmen der Sozialversicherung als Folge ihrer wirtschaftlichen Anturlenbungsaktion.

Dr. A.

Eine Kernfrage bäuerlicher Wirtschaft

Zwischen den Klippen des weltwirtschaftlichen Preiszusammenbruchs und der Kaufkraft des durch Massenarbeitslosigkeit in den Starrkrampf verfallenen Binnenmarktes muß sich die deutsche Landwirtschaft hindurchwinden. Seit Jahren gleicht demüterns der Markt für Getreide und Kartoffeln einer Insel, an der die Sturmfluten der internationalen Agrarkrisen zerstreuen. Das Übergangsgebiet zu einer Dauerdepression sich auswachsenden Krisis von den landwirtschaftlichen Rohstoffen auf die Veredelungszeugnisse hat Millionen deutscher Bauern in den Strudel der weltwirtschaftlichen Preisumwälzung mitgeführt für Milch, Butter, Käse, Eier, Fleisch, Obst und Gemüse hineingerissen. Und die mit einem jährlichen Verlust von mehr als einer Milliarde Reichsmark verweilt ein Ende deutsche Landwirtschaft wird seit Jahr und Tag das bittere Empfinden nicht los:

Die Veredelungswirtschaft braucht Hilfe!



Der deutsche Binnenmarkt wird der Schuttabeldeplatz für alle auf dem immer enger werdenden Weltmarkt nicht unterzubringenden bäuerlichen Veredelungsprodukte. Auf deutschen Feldern und Säumen und in deutschen Gärten müssen für Hunderte von Millionen an Obst, Gemüse und Fleisch, die Bauernfrau erhält in einigen Gegenden nur 6 Pf. für den Liter Milch.

Die deutsche bäuerliche Veredelungswirtschaft hat seit dem Umbruch der letzten Hochkonjunktur einen Verlust von mehr als fünf Milliarden Reichsmark erlitten. Und die Folgen: Doller Verzweiflung werden sich die deutschen Bauern auf den noch einzigen bisher verbleibenden Anbauzweig. Sie verwandeln die Zuckerrübenanbauflächen, das Grünland und die Weidflächen in Getreideacker. Ist es nicht ein volkswirtschaftlicher Miberiss, daß in den flächigsten Viehdichtgebieten an der Nordsee, in Schleswig-Holstein, die Roggenanbaufläche für das kommende Wirtschaftsjahr schon jetzt auf 128 v. H., in Oldenburg auf 120 v. H. der letztjährigen Anbaufläche geschätzt werden muß? Der Umbruch des Grünlandflächen muß eine einschneidende Verengung unserer Milch- und Fleischherzeugungsbasis auf Jahre hinaus und eine gefährliche Desimierung unserer Viehbestände zur Folge haben! Und es besteht gleichzeitig die Gefahr, daß die Brotgetreideernnte auch bei harter Verwitterung im Inland nicht untergeachtet werden kann, und daß die Getreidepreise in den Stunden der in die Tiefe gestürzten Milch-, Zoller-, Vieh-, Gemüse- und Obstpreise mit hinabgezogen werden. Sollen nun auch der Getreidebau und mit ihm die deutsche Ökonomie dem Verderben preisgegeben werden? Nein! Der deutsche Osten und der deutsche Westen müssen geschützt werden: Die Getreide-, aber auch die Vieh-, Milch-, Gemüse-, Obstpreise müssen stabilisiert werden. Dieses Ziel hat sich die Agrarpolitik des Reichs gesetzt. Es zu erreichen, werden alle verfügbaren Mittel ausgeschöpft werden müssen. Das dient nicht nur zur Erhaltung des deutschen Bauernstandes, es liegt auch im Interesse des gesamten deutschen Volkes.

Dr. K. R.

Tagung der deutschen Akademie

Die Deutsche Akademie hielt am 14. und 15. Oktober ihre Hauptversammlung in München ab. Die Tagung hand unter dem Eindruck der ersten Sorge, daß das Verfehlen der wirtschaftlichen Mittel für kulturelle Arbeiten nicht nur die wichtigen Arbeiten der Aka-

demie zum Stillstand bringt, sondern auch darüber hinaus die bisher erzielten Ergebnisse in Frage stellt. In dreifacher Hinsicht gab der Arbeitsbericht der Akademie ein erfreuliches Bild bedeutsamer Leistungen: Die wissenschaftliche Abteilung konnte eine Reihe wichtiger Arbeiten zur Deutschamtsforschung publizieren, unter denen an erster Stelle das grundlegende Werk Schmidt-Rohrs über die Sprache als Bildnis der Völker steht. Die praktische Abteilung ließ sich die Sorge für die höheren Kulturbildnisse des Auslandsdeutstums und die auswärtige Kulturpolitik angelegen sein. Zahlreiche Hilferufe aus dem Auslandsdeutstum konnten befristet werden. So wurde z. B. das deutsche Theater in Memel vor Überfremdung gerettet, das Deutsche Theater in Riga wird unterstützt, an der Herder-Hochschule in Riga wurden zwei Lehrkräfte errichtet, wissenschaftliche Gesellschaften in der Tschedonowel und in Rumänien wurden in ihrer Arbeit gefördert, viele Tausend neue Schüler wurden dem Auslandsdeutstum zugeleitet usw. In der auswärtigen Kulturpolitik hat die Deutsche Akademie sich der Erweiterung und Ausbildung des deutschen Unterrichts im Ausland angenommen. Deutsche Sektoren und ausländische Deutschlehrer werden mit Material unterstützt, ausländischen Deutschlehrern, Hochschulprofessoren, Wirtschaftsführern und Studenten werden längere Studienaufenthalte in Deutschland ermöglicht, um sie mit dem deutschen Kulturkreis in Verbindung zu bringen. Gerade diese Arbeiten sind in letzter Zeit außerordentlich angewachsen, können aber wegen Mangels an Mitteln schwerlich im nötigen Umfang fortgesetzt werden. Die Deutsche Akademie erhebt deshalb einen Appell an das ganze deutsche Volk, dessen Beitritt zu den Ortsgruppen der Akademie zur Fortführung der Arbeiten zu ermöglichen. Ebenso wird die Unterstützung des Staates notwendig sein, wenn die Akademie den hochentwickelten Organisationen der Franzosen und anderer Völker erfolgreich entgegenzutreten soll, die sich mit allen Mitteln um den Kultureinfluß im europäischen Osten und Südosten bewegen.

Dr. K. C.

Blick in die Bücher

Kann Europa Frieden halten? Von Franz B. Simons, aus dem Englischen übertragen von Karl E. Federn. Historisch-Politischer Verlag, Berlin SW 68. 412 Seiten. Preis: geb. 7,60 RM, geh. 6 RM.

Ein bedeutendes Buch in blendender Übersetzung. Es enthält hinter dem journalistischen Titel wohl die beste Darstellung des heutigen Zustandes von Europa. Sonderbar nur, daß diese aus der Feder eines Amerikaners stammt. Denn Simons ist einer der führenden amerikanischen Publizisten. Man merkt, daß sich in diesem Buch das Studium zweier Jahrzehnte an Ort und Stelle, die Distanz zum Objekt und ein durchdringender Verstand zu einer einseitigen Schau verfeinern.

Simons geht naturgemäß aus von dem Versailles Vertrag und dem von ihm geschaffenen System. Schonungslos zerlegt er das Werk der Pariser Konferenz und überschreibt das letzte Kapitel dieses Teils: „Der Mißerfolg der Friedenskonferenz.“ Danach nimmt er die durch den Versailles Vertrag aufgeworfenen Gebietsfragen vor, den polnischen Korridor, die Anschließfrage, die ungarische Zerbretheit, die Tschechen und ihre Minderheiten, die Balkan- und Adriatfragen. Auch hier zeigt er sich als überlegener Beobachter mit klarem Verstand. Den polnischen Korridor bezeichnet er als „einen ruck gefaßten Auszug und ein Keckbeispiel all der Übel, an denen das heutige Europa krank.“ In dem dritten großen Abschnitt, „Nationale Politik“, gibt der Verfasser eine vorbildliche Analyse der Lage jeder einzelnen der Großmächte in Europa. Von da aus geht er über zu dem Abschnitt über die „Friedensversuche“, in dem er die Versuche der Rückkehr zu einem geordneten Frieden über die Konferenzen, den Völkerbund, den Kelloggpaakt usw. untersucht. Der Schlußteil verfaßt in die beiden Kapitel „Zurück zu Locarno“ und „Die Krise der Demokratie“.

Meisterhaft ist die Darstellung, souverän die Stoffbeherrschung. Die Skizze, mit der Simons z. B. auf sechs Seiten das Problem der Abklärung zw. See zwischen den Vereinigten Staaten, England, Japan, Frankreich und Italien umreißt, ist ein Kabinettstück der Schriftstellerei. Nur in der Polenfrage und in der Reparationsfrage ist eine gewisse antikeithische Befangenheit deutlich fühlbar. Es ist darum gewöhnlich, daß zu diesen Parolen K a r l E d e r n als Übersetzer, eine Reihe treffender Bemerkungen beigefügt hat. Den heutigen Zustand in Europa bezeichnet Simons an mehr als einer Stelle als „scheinbaren Frieden“, einen „Waffenstillstand“ oder „tiefe Anarchie.“ Die Antwort des Verfassers auf die Titelfrage lautet ziemlich pessimistisch: „Heute steht Europa dicht am Rande des Verderbens, und vielleicht ist die ganze Welt schon auf dem Punkt,

an dem sie sich entweder in die harte Arbeit fügen und die Leben hier anpassen oder zugrunde gehen muß.“ Ganz konsequent hält der Verfasser allerdings diese pessimistische Linie nicht durch. Infolgedessen trifft es sich an einzelnen Stellen auch, daß sich widerprechende Einzelurteile gegenüberziehen. Kein Wunder bei einer solchen Schlußfolgerung! Aber diese Stimmungsschwankungen ändern nichts an dem großen Format dieser Arbeit.

S.

Die Ursachen des Geburtenrückgangs im europäischen Kulturkreis.

Von Dr. Roderich von Ungern-Sternberg. Verlag Richard Schoet, Berlin. 1932. 320 Seiten. Preis brosch. 9,80 RM.

Es sind jetzt etwa hundert Jahre her, seitdem man zuerst in Frankreich eine ausgesprochene Tendenz zum Geburtenrückgang feststellen konnte. Es handelte sich damals um eine völlig neuartige Erscheinung, die anfangs noch wenig bemerkt wurde, und die denen, welche sie bemerkten, ziemlich überraschend kam. Man fand im übrigen Europa und in der übrigen Welt noch immer unter dem Einfluß der Theorien von Malthus und einer bauenden Angst vor drohender Überbevölkerung. Das änderte sich um die letzte Jahrhundertende, als nach und nach in fast allen Ländern des westeuropäischen Kulturkreises (einschließlich der von Weizen besiedelten überseeischen Länder) ein allgemeiner Geburtenrückgang einsetzte. Es entstand in jener Zeit eine wahre Flut von Literatur über Ursachen und Folgen des Geburtenrückganges, die allerdings nur zu einem geringen Teil das Wesen und die volle Bedeutung jener grundlegenden Wandlung erkennen ließ.

Es war daher ein verdienstvolles Unternehmen der Eugenics Research Association in Cold Spring Harbor (New York), die Frage der Ursachen des Geburtenrückganges zum Gegenstand eines Preisausschreibens zu machen, und es ist besonders erfreulich, daß aus diesem internationalen Wettbewerb einer deutschen Arbeit, der Schrift von Dr. R. v. Ungern-Sternberg, der Preis zuerkannt wurde.

Der Verfasser nimmt zunächst zu den verschiedenen Erklärungsversuchen des Geburtenrückganges kritisch Stellung. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Geburtenrückgang nicht aus irgendwelchen biologischen Veränderungen der Erbmasse, aus Erklärungs- oder Anpassungserscheinungen, noch aus den nichtigsten ungeschickten Ursachen (Veränderungen im Altersaufbau, Veränderungen in der Heiratsfähigkeit, des Heiratsalters usw.) zu erklären ist. Hier darf hinzugefügt werden, daß auch der Neudrings von anderer Seite unternommene Versuch, den Geburtenrückgang der Nachkriegszeit allein aus den demographischen Auswirkungen des Weltkrieges (Frauenüberschuß, veränderte Alterszusammensetzung der Verheirateten-

ten usw.), also ebenfalls aus „formalen“ Gründen zu erklären, nicht zum Ziele führt. Wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe, kann durch die demographischen Kriegsauswirkungen in Deutschland heute bestenfalls ein Ausfall von 120—150 000 Geburten erklärt werden, während der gesamte Geburtenausfall gegenüber der Vorkriegszeit sich auf annähernd 1 Million Geburten jährlich bezieht! — Alle diese Dinge, die Geburtenrückgang als eine rein formal oder „natürlich“ bedingte Folgeerscheinung von anderen Vorgängen der Bevölkerungsentwicklung gewissermaßen zwangsläufig zu erklären, müssen angesichts der gewaltigen Zunahme, welche der Geburtenrückgang — nicht erst in den beiden letzten Kriegsjahren, sondern in den letzten Jahrzehnten überhaupt — angenommen hat, versagen. Man läßt sich in Einzelheiten eine gewisse Bezeichnung zu kommen, so können sie doch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Geburtenrückgang nicht auf äußeren Umständen beruht, sondern der Ausdruck einer veränderten Willensrichtung ist, daß Geburtenrückgang — aus ganz anderen — nichts anderes bedeutet, als willentliche Geburtenbeschränkung, willentliche Kleinhaltung der Familie.

Darauf ist aber diese Willensänderung, dieser Wandel der Mentalität des Volkes in Sachen des Geschlechtslebens und der Fortpflanzung zurückzuführen? A. u. Ungern-Sternberg kommt auf Grund eingehender kultur-geschichtlicher und kultur-philosophischer Untersuchungen über die Verhältnisse in den wichtigsten europäischen Ländern zu dem Schluß, daß die eigentliche Ursache des Geburtenrückganges in der Verdrängung des Gefühls- und Seelenlebens durch rationalistisches Denken und durch „freiberufliche“ Einstellung, wie sie unser Zeitalter kennzeichnet, zu suchen sei. Diese freiberufliche Gesinnung, die Gesinnung, in deren Mittelpunkt das Streben nach sozialem Aufstieg, nach wirtschaftlichem Erfolg und Vorwärtskommen, nach gesicherter Lebenssicherheit und Erhöhung der Lebenshaltung steht, äußert sich ebenso in der bürgerlichen Gesellschaft wie im Proletariat.

Neben dieser Hauptursache sieht u. Ungern-Sternberg eine weitere selbständige Ursache des Geburtenrückganges in der Frauemanzipipation, sofern sie der Frau Betätigungsmöglichkeiten eröffnet und empfiehlt, die sie von ihren generativen Aufgaben und sozialbiologischen Pflichten ablenkt. Alle anderen in den verschiedenen Theorien als Ursachen angeführten Erscheinungen, wie Verdichtungs-, Entflichtungs-, Wohnungsnot, Ausbreitung des Präventivverkehrs, wirtschaftliche Notlage usw., haben höchstens die Bedeutung von fördernden Bedingungen. Die entscheidende Ursache des Geburtenrückganges im westeuropäischen Kulturkreis liegt nicht auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet, sondern im Wandel der Lebensauffassung und der Gesinnung begründet.

Dr. Burgdörfer.

1) Vgl. A. Burgdörfer, Wolf ohne Hund. Geburtenrückgang und Überalterung des deutschen Volkstypes. Paul Zsolnay Verlag, Berlin 1932, S. 101 ff.

Ernst Jünger: „Der Arbeiter, Herrschaft und Gestalt.“ 1952. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg. 300 Seiten. Preis: Geb. 5,80 RM.

Der Kriegsmann und Kriegsgastgeber Ernst Jünger ist jetzt unter die Soziologen gegangen und legt den umfangreichen Versuch einer neuen Gesellschaftsphilosophie vor. Solche Unterforschungen über die abtiefenden und aufsteigenden Zeiträume sind heute nicht nur literarische Mode, sondern entsprechen auch in unserer geistig und sozial zerrissenen Gegenwart einem echten Bedürfnis, solange sie nicht in leeres Weltverbessererem ausarten. Jüngers Buch befaßt den Vortag der Originalität. Er geht Utopien aus dem Wege, er sucht seine Urteile unabhängig von den zablauen Dokainen zu halten, die heute von allzuvielen Deutschlandsschreibern sehr willkürlich und verwirrend angewandt werden. Er läßt das Schlagwort „Sozialismus“ völlig aus dem Spiel und geht von der Gestaltung eines Menschentyps aus, den er keineswegs mit dem Inhabrarbeiter oder dem Proletariat gleichsetzt, sondern den er ganz im Gegenteil als faaistragende und gesellschaftsbildende Aristokratie aufgefaßt wissen will.

Das Arbeitertum nennt er eine „soziale Klasse“, die er weder als Stand betrachtet noch als Klasse im Sinne der revolutionären Dialektik des 19. Jahrhunderts. Den deutschen Lebensraum der Zukunft schildert er als sogenannt „Planlandtschaft“ und meint damit eine Nationalisierung im organischen, nicht im mechanischen Sinne. Hier folgt wir allerdings schon auf einen Widerspruch, den Jünger nicht auflösen kann. Sein Arbeitertypus ist eine Abstraktion aus dem Vorkriegszeitstadium des Maschinenzeitalters, aber Jünger möchte selbstverständlich um keinen Preis als liberal erscheinen. Seine Zuchttheorie und seine Faaulehre beruhen auf einer konföderativen Weltanschauung, während dieser technologische Arbeitstypus nur eine organisatorisch geordnete Zweigesellschaft bilden könnte. Den Ursprung dieser neuen Rasse verlegt Jünger in die Materialschichten des Weltkrieges. Genüß waren die Stofftrupps im Trichtergeränge der Wehrfront neue Gemeinschaften; aber man muß sich davor hüten, auf das Wort „Material“ und auf die Beherrschung der industriellen Wehrmittel zu großes Gewicht zu legen. Sonst wird der Mensch zum Ingenieur übermäßig, und die neue deutsche Männlichkeit geriete in völlige Abhängigkeit vom modernen Apparat. Die Abkehr vom Individualismus des Bürgertyps darf nicht in eine Überhäufung eines generativen Menschentyps umschlagen, der durch die Instrumente, denen er sich zu seiner Leistung bedient, selber zum Sklaven des Instruments werden könnte. Daß sich gegen Jüngers Gedankenführung viele Einwände erheben lassen, mindert die Wichtigkeit seines Buches nicht. Die Unklarheit der nationalen und sozialen Situation in Deutschland macht es vorläufig unmöglich, eine Soziologie zu schaffen, die alle Entwicklungsfaktoren des deutschen Lebens erschöpfend berücksichtigt und gliedert.

Dr. Sch.-Pf.

Alle deutsche Burgen auf den Wohlfahrtsbriefmarken 1932

Das Reichspostministerium gibt am 1. Dezember 1932 fünf neue Wohlfahrtsbriefmarken für die Deutsche Volkshilfe heraus. Die neuen

Marken sind in Stahl gestochen und in Stahlbruch hergestellt worden. Sie unterscheiden sich durch das in Deutschland ungewohnte Querformat von den gewöhnlichen Briefmarken, sind aber, ebenso wie diese, zur Franzierung ständlicher Postfindungen nach dem In- und Ausland bis zum 30. Juni 1933 gültig. Während die Wohlfahrtsbriefmarken in den beiden letzten Jahren Städtebilder trugen, sind auf den diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarken alle deutsche Burgen dargestellt. Die 4-Pf.-Marke, die mit einem Wohlfahrtsaufschlag von 2 Pf. verkauft wird, zeigt die Wartburg, die durch Katers Aufenthalt, das Wirken der Heiligen Elisabeth und durch den in Richard Wagner's „Lohengrin“ verarbeiteten Sängerkrieg ein Wahrzeichen deutscher Geschichte und deutscher Sage geworden ist. An den schönen Rhein führt die 6-Pf.-Marke (Verkaufspreis 10 Pf.) mit dem Bilde des prächtigen Schlosses Stolzenfels, das Mitte des 19. Jahrhunderts aus der alten Burgine ausgebaut wurde.



Die Burg Warrnberg, die auf die malerischen alten Gassen der fränkischen Hauptstadt und die Eäme der herrlichen Atrchen

St. Koray und St. Sebaldus hinabföhrt, ist auf der 12-Pf.-Marke abgebildet, die 15 Pf. kostet. Die 25-Pf.-Marke (Verkaufspreis 35 Pf.), die auf vielen Briefen ins Ausland gelangen wird, zeigt das durch Kaiser Roman berühmte gewundene S h o h k t e r f e i n in Würzburg. Die 40-Pf.-Marke (Verkaufspreis 80 Pf.) bringt eine Darstellung der alten Sandgrabenrieden in Marburg an der Kahn. — Für den täglichen Gebrauch werden Markenheften ausgegeben, die je 5 Marken zu 4 und 6 Pf. und 8 Marken zu 12 Pf. enthalten. Bereits am 1. Oktober 1932 ist die Wohlfahrtspostkarte der Reichspost für die Deutsche Volkshilfe zur Ausgabe gelang. Sie trägt anlässlich des 88. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten ein Hindenburg-Bild und eine eingedruckte Wohlfahrtsbriefmarke zu 6 Pf. mit dem T a n n e n b e r g e n m a l (Verkaufspreis 10 Pf.). Der Ertrag dient zur Einberung der Winternot im ganzen Reich. Dr. F. G.

Der siebzigjährige Hauptmann

Von Dr. Paul Fehrer

Don Gerhart Hauptmann wanderte vor kurzem einmal eine reizende Geschichte durch die deutsche Öffentlichkeit. Er geht eines Tages irgendwo, in Hindenburg, in Schreibersbau, in Berlin seines Weges, als plötzlich strahlend ein Mann auf ihn zukommt und ihm beide Hände entgegenstreckt: „Mensch, Hauptmann, das ist ja großartig, daß ich dich endlich mal wieder sehe! Wie geht's denn, wie sieht's denn — du glaubst ja nicht, wie ich mich freue!“ Ein Gespräch entspinnt sich, aus dem Hauptmann entnimmt, daß der Fremde, dessen er sich zunächst nicht entsinnt, ein einflussiger Schulrath aus Breslau ist. Als aber die erste Wiedersehensfreude vorüber ist, sieht der Mann den weißhaarigen Dichter freundlich fragend eine Weile an und sagt dann: „Gut sieht's du aus, Hauptmann, sehr gut sogar; aber nun sag mal, alter Kerl, was ist denn eigentlich aus dir geworden, was hast du denn die ganzen Jahre hindurch getrieben?“

Die Geschichte ist sehr hübsch — aber sie ist zugleich ebenso unwahrscheinlich wie hübsch. Denn sie hat sich gerade d e n Autor zur Zielfarbe ihrer Punkte genommen, auf den diese Punkte am wenigsten zutrifft. Bei Thomas Mann, bei jedem anderen wäre sie ohne weiteres möglich; bei Hauptmann geht sie gerade darum am Ziel vorbei, weil das Wunderliche seines Geschicks eben dieses ist, daß ihn alle als einen Dichter kennen, auch wenn sie seine Ziele von ihm gelesen haben. Er hat als einziger der älteren Generation eine Popularität unabhängig von seiner Arbeit bekommen, gemäßigter Popularität an sich. Man kennt sein Gesicht noch da, wo nie ein Buch, ein Stück von ihm hindurchgedrungen ist — und weiß sogar, daß er ein Dichter ist, wenn man auch kaum weiß, was Dichten ist.

Man hat Hauptmann einen Naturalisten genannt, und seine Kamboden begann auch durchaus im Rahmen dieser flüchtigen Zeittheorie, die seine frühen Versuche füllte, wenn sie auch mit seinem Wesen kaum etwas zu schaffen hatten! Im Gegenteil: die Rücksicht auf die Realität, das Gebundenwerden durch ihre kleinen häßlichen Nichtigkeiten stand in schroffem Gegensatz zum Wesen dieses Dichters, also daß er bereits wenige Jahre nach seinem Beginn ausbrach und in der „versunkenen Glorie“ einmal sein eigentliches Wesen, sein unerbittliches Schönheitsbedürfnis zu ungehemmt und ungehindert rauschhaft strömend ausstobte, wie er es nie wieder vermocht hat. Er griff bald danach wieder nach den erprobten Zeitmitteln: aber ihren absoluten Vann hatte er gebrochen, und in seinem bisher letzten Stück bekannte er sich sogar mutig zu den Seiten seines Wesens, die ihn mit der Welt d e r Dichtung verbinden, gegen die der Naturalismus einst seine primitiven Methoden und Mittel geschaffen hatte — mit der Welt des bürgerlichen Theaters und der bürgerlichen Geselligkeit im Sinne der achtziger Jahre. Er trat wieder wie in seiner Frühzeit neben Hermann Sudermann, mit dem ihn viel mehr verknüpfte, als die literarische Kritik der Zeit um 1900 annte und wahr haben wollte.

Denn im Grunde seines Wesens war der Naturalist Hauptmann genau so ein Romantiker des Rausches, des rauschhaftesten Lebensgefühls und der klingenden Worte wie der Opferrich Sudermann — nur daß in ihm zugleich das schwächende Mißtrauen gegen die eigene Romantik lag, und der Versuch, sie vom Mißlichen aus zu konterkarieren. Sudermann war voll gläubiger, viel hingebener als Gerhart Hauptmann: der aber hatte dasselbe Bedürfnis, am Rande der Wirklichkeit einen Bezirk des überhöhten Daseins aufzurichten, den er Schönheit nannte, weil er innerhalb der Realität zu viel Realität und zu wenig Schönheit fand. Das Endziel war zuletzt das gleiche: nicht Unbürgerlichkeit, wie sie beide selbst wohl wähten, sondern gezeigerte Bürgerlichkeit im Sinne des Deutschland der letzten Kaiserzeit, ein schöneres, reicheres, klügeres, gebildeteres, aber doch ein

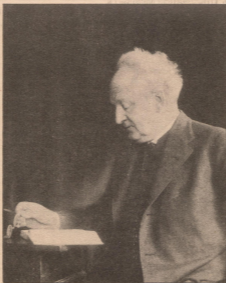
bügerliches Dasein abseits der eigentlich dichterischen, der absoluten, wirklich wirklichen Welt, der sowohl Hauptmann wie Sudermann nur mit einem Bruchteil ihres Wesens verbinden waren.

Eher aber ist vielleicht der Punkt, von dem aus die übergreifende Popularitätskraft Hauptmanns verständlich wird. Er war von Hause aus, mit einem Teil seines Wesens ein Dichter; er war mit dem realistischen Teil seiner Art dem erwogen Bürgerartum verbunden, das als Ziel und Schicksal immer über der großen Mehrheit dieses deutschen Volkes stand und sieht. Er hatte als Dichter das Bedürfnis, rauschhaft über dieses bürgerliche Emporzustiegen, es mitzureißen in die romantischen Bereiche des Welt- und Lebenserlebens in Schönheit und Begreifen wenigstens in Worten. Die gleiche Sehnsucht lebt aber auch in den undichterischen, den gewöhnlichen Menschen der Nation, vor allem in den jungen: so fanden sie bei Hauptmann die Worte der eigenen Wünsche und jubelten ihm zu, weil die Geselligkeit, zu der er sie führte, den allgemeinen Bereichen nahe genug blieb, um überall verstanden zu werden, vom Absoluten jedoch nur den fernsten Rauschflanz, aber nicht die strenge Forderung, das Gesetz, die Wirklichkeit brachte. Was die Leute bei Hauptmann fanden, war etwas so

alten Jhol des Dichters, erfüllt zum Teil von seinem echten dichterischen Wesen, gemildert aber und der Strenge entkleidet von der eigenen Bürgerlichkeit Hauptmanns. Weil er selbst — freilich isoliert — zwischen der Welt der wesentlichen und der gewöhnlichen Menschen stand, fand er mit seinem wesentlichen Teil den Zugang zu Besten des Lebens, die sich den reinen fordernden Gestalten der Dichtung schon verschließen mußten.

Von diesen Bereichen aus aber glitt sein Bild dann in die Bezirke, die nur noch zusehauend, nicht mehr selbst aktiv am sogenannten höheren Leben des Tages teilnehmen. Von den bürgerlichen Regionen aus glitt die Erscheinung Hauptmanns, sein Bild und seine Gestalt bis in die Schichten unserer Welt, denen Buch und Bühne fremd und fern bleiben: er wurde unvermerkt auch für sie der Dichter — Typus des Dichters sogar. Der Ehren doktor von Ofenrod ward zugleich für die alte Zeitungsredaktion, für den jungen Fußballmann der Vertreter dieser seltsamen Beschäftigung — und er wurde damit zugleich der Mann, der einen Abgang dieser Beschäftigung auch in Schichten fallen ließ, für die bisher die Dichter der Nation kaum gelebt hatten.

Von diesem Punkt aus wird Gerhart Hauptmann an diesem 15. November auch die Glückwünsche von Menschen entgegenzunehmen haben, die im übrigen seinem Werk und der Dauer dieses Werks mit einiger Skepsis gegenübersehen. Hauptmann gehört zu denen, die Vorarbeit für das Kommende geleistet haben, für die Dichtung aus dem Volksganzen für das Volksganze. Er hat sie im Drama geleistet, indem er, wie im Florian Grever, half, mit einem neuen Wirklichkeitsinstinkt von außen her auch an die Dergangende der Nation heranzugehen und diese Dergangende damit aus dem Grau der Historie zu lösen und wieder ins Heutige hineinzurollen — für alle. Er hat durch eine heute noch nicht völlig zu übersehende Wirkungskraft zugleich gebildet, den Begriff und die Gestalt des Dichters über die nur gebildeten und literarischen Bereiche des Landes hinaus auszuweiten und in Gebiete zu tragen, die bisher diesem Begriff und damit den Wirkungen entzogen waren, die von den Trägern der wunderlichen Kronen der Dichtung ausgingen. Indem Hauptmann dieses vermochte, half er mit seiner Erschöpfung und Gestalt mehr als mit seinem Werk Vorarbeit für das zu leisten, was die Zukunft zu schaffen haben wird: Dichtung aus dem Volksganzen für das Volksganze — und sehr sich damit seinen Platz in der Geschichte des Werdens dieses Volkes, zu dem ihm ein ihm in seinem 70. Geburtstag gern unsere Glückwünsche und Grüße senden.



Der 70jährige Gerhart Hauptmann

Büchereingang

Heimatkalender für den Kreis Posen 1933. 8. Jahrgang. 184 S. und XII S. Gesandtegebete vom Reichslandvolk des Preises Breslau. Bearbeitet von Reichslandvolkred. Franz Büchelmann, Posen.

Das Bildungswesen in Deutschland. Zusammengefaßt von der Deutschen Bildungsvereinskommission und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V., Berlin. 30 S. Preis: 1 RM. H. Koligländer Verlag, Leipzig.

Deutscher Auslandskalender 1933. Herausgegeben vom Bund der Auslandsdeutschen. 204 S. Preis: 3 RM. Selbstverlag, Kgl. Seidenb., Berlin.

Gelehrtes Europa: Gelehrte wanden im Reich. Ein Bild von der Zukunft Europas im Rahmen der Weltwirtschaft. Von Dr. + Ing. Georg Gieseler. 147 S. 1932. Preis: Hart. 2,80 RM., geb. 4 RM. Verlag von Streiber und Schneider, Stuttgart.

Schlüssen als Kameragebiet. Von Walter Joffe. Dr. Walter Joffe. (Zur Wirtschaftsgeschichte des brasilianischen Ostens, Teil 1.) 67 S. m. 3 Karten und 3 Tafeln. Preis 3 RM. Verlag W. u. G. Weyand, Breslau.

Der Mittelbau. Wirtschaftliche Darstellung seiner Bedeutung in der belgischen und deutschen Wirtschaft. Von Prof. Dr. Paul Gumprecht. VIII u. 281 S. 1932. Preis geb. 6 RM., abg. 7,40 RM. Verlag W. u. G. Weyand, Leipzig u. Berlin.

Kilipreuen eine Schenkung — 1793 Verkauft von O. Sezer. 15 S. mit einer Karte. Kommilitonenverlag Leon Gammert Buchhandlung, Elbing, 1932.

Die Vorauslagen der Niedergerichte. I. Tatsachen und rechtliche Zusammenhänge. Von Otto Wolf. 97 S. m. 4 graphischen Darstellungen. Verlag Gustav Fischer, Jena, 1932.

Beer und Motie. Wochenkalender 1933, des Distriktes des Reichswehrministeriums bearbeitet. 116 S. Betriebshefte für nationale Literatur Dr. Ziegler, Berlin NW 21.

Die Niederlegung der Fahndungsbefehle zur Grund der Verordnung vom 29. August 1932 und der neuesten Ausführungsbestimmungen. Bearbeitet von Schriftföhrer a. D. Kub. Högberg. 48 S. Preis: 2 RM. Verlag Otto von Guericke, Halle a. S.

Im Mittelpunkt des politischen Interesses

steht die Verfassungsreform und deshalb das Buch



Dr. W. Ziegler
Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk

Weil dieses Buch als einziges die politische-historische Entstehung der Weimarer Verfassung und eine rein sachliche, realpolitische Kritik gibt

Umfang: 372 Seiten

Preis in Leinen gebunden 12,50 RM / brosch. 10,— RM
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder unmittelbar Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Polsterarbeiten

Neuanfertigung / Modernisieren, Aufarbeiten / der Zeit entsprechende Preise / in und außer dem Hause Kostensenkung unverbindlich

Ponsong + Berlin SO
Eisenbahnstraße 38
Fernsprecher F 8 2509

1111
eiche Bestenmarken von Samoa, Togo, Kambodja u. vielen anderen Ländern, über 100 verschiedene für nur 125, 200 und Porto per Nachnahme. — Preisliste gratis. — R. ROHR, Berlin N 18 Friedrichstraße 131 d

Dampfwäscherei Alfred Mastaleck

Berlin-Cöpenick / MÜggelheimerstraße 48
Telefon: F 4 Cöpenick 0867

Trocknet im Freien

Rasenbleiche Rasenbleiche

Sommersprossen beseitigt unter Garantie mein einfaches Mittel, welches ich jedem kostenlos mitteile.
Salvina, Hamburg 24

Verlangen Sie sofort den

Kalender des Auslanddeutchtums für 1933

122 Bilder vom Deutschtum in aller Welt

PREIS: RM. 2,—

herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut

10 000 Exemplare sind schon bestellt

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder bei der

Ausland und Heimat Verlags-A.-G.
Stuttgart, Charlottenplatz 1.



ÜBERSEE- UND KOLONIAL-ZEITUNG

43. Jahrgang

Das führende Kampfgorgan für deutsche Kolonialpolitik

Das kolonialwirtschaftliche Nachrichtenblatt für Industrie und Handel

Die Monatsschrift des Kolonial- und Auslandsdeutschen

Die aktuelle koloniale Bilderzeitschrift

Bezugpreis: Ausland jährlich 9,— Mk. Inland 8,— Mk. einschließlich Zustellung. / Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft Vorzugspreise / Lassen Sie sich kostenlos Probenummer zusenden durch den Verlag:

Deutsche Kolonialgesellschaft
Berlin W 35, Am Karlsbad 10

ÖLGEWÄLDE

namhafter Maler, konkurrenzlos billig
von Mk. 25.— ab. 1 Tage zur Ansicht
Über 1000 zufriedene Kunden. Für Mitglieder
10% od. Zahlungsvereinfachung ohne Preisaufschlag
bis 12 Monate. Besichtigen Sie unverzüglich
unsere Ausstellung oder verlangen Sie photo-
graphische Abbildungen Nr. 110.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

„Der Kunstkreis“ G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. Deutschen Maler-Gilde e. V.
Berlin G25, Kurse Straße 17, hinter dem Lehrer-
vereinshaus, an der Landsberger Straße. Geschäfts-
zeit 9—7 Uhr. Telefon: Kupfergraben 4041

Dekorative Raumkunst

Wohn- und Geschäftsräume
Spez.: Treppenture, Fassaden
**Gediegene Wertarbeit,
aber allerbilligste Preise!**
Auch Zahlungsvereinfachung.

Malerei Werkstätten Woldt
Neukölln, Hermannstraße 16
Anruf: F 2, Neukölln, 2295.

Polsterarbeiten

Umarbeitungen, neuzeitliche
Formgestaltung, Dekoration
werden von erstklassigem alten Fach-
mann zu billigsten Preisen ausgeführt.

Paul Ponsong sen.,
Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 36.



Diesmal nur Praktisches!
Korbmöbel ab Fabriki
Niedrige Preise, franko Lfg.
Schlager: 3teil. Polstergarn,
Mk. 35.—, Katalog gratis.
Korbmöbel ab 10 Mk. b. h. H. m.
Oberlangstadt 327, Lichtfeld-Land.

WIE THERIO AN JAHRESMARKEN

Tuche
Herren- ab Damen-
Stühle Stühle
Verzieren Sie sofort
Fabrik

Lehmann & Assmy.
Ältestes Tuchversandhaus
mit eigener Fabrikation
Spranberg i. L. 38

**EISEN-Stuben-
Häute-
Betten**
schäufeln, Polster, Stuhlro-
sen, Rollen, etc. etc. best.
Eisenmöbelwerk Suhl (Thür.).

Verlangen Sie
kostenlos Prospekte
über

**Staatspolitische
Aufklärungs-
Literatur
Deutschum im
Ausland**

**Weltpolitische
Bücherei**

vom
Zentralverlag G. m. b. H.
Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

**Ein Führer zu vertieftem
deutschen Familienleben!**

**MUTTER UND KIND**

Ein Jahreskalender für Mütter und Kinderfreunde
Herausgegeben im 6. Jahrgange von **Adele Schreiber**
Prächtige Aufnahmen aus dem Kinder- und Familienleben

**Preis trotz besserer Aus-
stattung herabgesetzt nur 2.85 M.**

Zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

**Der
deutsche Volkswirt**
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK
UND WIRTSCHAFT

herausgeber **Gustav Stolper**

VERLAG UND REDAKTION:
BERLIN W 35, SCHÖNEBERGER UFER 32

Erscheint jeden Freitag. Einzelnummer RM 1.20
Inland-Abonnement vierteljährlich RM 15.—

Unterrichtend · Unabhängig · Unparteiisch

Die einzige große politisch-
wirtschaftliche Wochenschrift Deutschlands

Nie war wirtschaftliche Unterrichtung
so notwendig wie heute

Verlangen Sie Probeexemplare kostenlos vom Verlag

Ein selten günstiges Angebot
für die Leser des „Heimatdienstes“

**Heinrich Seidel's
Gesammelte Werke**

in 5 Ganzleinenbänden
über 2600 Seiten auf Dünndruckpapier

nur RM 7.50

Aus dem Inhalt:

- Bd. I: Lebrecht Hühnen. Von Perlin nach Berlin
- Bd. II: Vorstadteschichten I/II
- Bd. III: Heimatgeschichten I/II
- Bd. IV: Reinhard Flemmings Abenteuer
- Bd. V: Spukgeschichten. Phantasiestücke. Musik
der armen Leute. Gedichte

Bei Aufgabe der Bestellung bitten wir, den Betrag zuzüglich
40 Rpf. für Porto, zusammen also RM 7.90 gleichzeitig
auf unser Postscheckkonto Berlin 1023 83 zu überweisen.
Bei Nachnahmesendung Mehrkosten

Zentral-Schriften-Vertrieb · Berlin W 35

Potsdamer Straße 41